

Wahlperiode 2020 – 2025

Niederschrift

**Über die 16. Sitzung des Kreistages – öffentlicher Teil – vom Freitag, den 09.02.2024,
Großer Sitzungssaal, Rathaus Geisweid in Siegen, Lindenplatz 7, 57078 Siegen**

Sitzungsbeginn -öffentlicher Teil-: 16:05 Uhr

Sitzungsende -nichtöffentlicher Teil-: 20:24 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Landrat Andreas Müller

Kreistagsmitglieder

SPD-Fraktion

Wolfgang Braukmann-Siebel

Thomas Christian

Tim Lukas Debus

Anke Flender

Helmut Kaufmann

Julian Maletz

Adhemar Molzberger

Sandra Peiser

Marco Schmidt

Nicole Schoeppner

Annette Scholl

Michael Sittler

Karl-Ludwig Völkel

Jan Weigel

Heike zur Nieden

CDU-Fraktion

Martin Achatzi

Ursula Belz

Tanja Bohn

Rolf-Peter Bulkow

Jutta Capito

Hermann-Josef Droege

Uwe Elter

Bernd-Dieter Ferger

Georg Freitag

Corie Hahn

Thomas Helmkampf

André Jung

Sonja Melanie Koch

Bernd Nückel

Gabriele Stinner

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Björn Eckert
Manuela Königer
Meike Menn
Lena Schmidt
Ulrich Schmidt-Kalteich
Bernd Schneider
Dietmar Schneider
Sven Hendrik Schütz

AFD-Fraktion

Roland Steffe
Ursula Regine Stephan
Christian Zaum

FDP-Fraktion

Guido Müller

UWG-Fraktion

Hans Günter Bertelmann
Horst-Günter Linde
Heinz Jürgen Völkel

Fraktion Siegen-Wittgensteiner Mitte

Markus Böhmer
Dieter Born
Ingo Janson

Fraktion DIE LINKE

Katrin Fey
Ulrich-Eberhardt Georgi

Wir Bürger Liberal.Konservativ.

Andreas Klein
Martin Schwarzer

Entschuldigte Kreistagsmitglieder:

CDU-Fraktion

Uwe Elter
Georg Freitag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Björn Eckert

FDP-Fraktion

Peter Hanke

Fraktion Siegen-Wittgensteiner Mitte

Dieter Born

Verwaltung

Kreisdirektor und Kämmerer Thomas Damm, Dezernent II
Tobias Wein, Dezernent I
Thomas Wüst, Dezernent III
Thiemo Rosenthal, Dezernent V
Steffen Löhr, Persönlicher Referent des Landrates
Torsten Manges, Pressereferent, Referat des Landrates
Rüdiger Pankratz, Schriftführer, Amtsleiter Amt für Kommunalaufsicht und Vergabeservice
Hendrik Burghaus, Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt
Jürgen Heine, Amtsleiter Amt für Finanzwirtschaft
Susanne Roth, Vorsitzende des Personalrates
Melanie Ballarini, Referat des Landrates
Lea Kusiek, Referat des Landrates
Sandra Kis, Referat des Landrates
Paul Schüler, Auszubildender zzt. Referat des Landrates

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung
2. Anfragen
 - 2.1 Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber
Anfrage der Fraktion Wir Bürger
Drucksache 19/2024
 - 2.1.1 Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Wir Bürger
Drucksache 19/2024 1. Ergänzung
3. Tagesordnungspunkte für Kreisausschuss und Kreistag
 - 3.1 Strukturförderung der Siegerländer Frauenhilfe e. V.
Drucksache 182/2023
 - 3.2 Haushalt 2024
Haushaltsmittel für Planungsleistungen für Photovoltaikanlagen auf den Dächern vieler Kreisgebäude
Drucksache 5/2024
 - 3.3 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Drucksache 459/2023
 - 3.3.1 Stellenplan 2024;
Antrag zur Sache der Fraktionen CDU, B90/die Grünen, Si-Wi Mitte, UWG, FDP, Wir Bürger
Drucksache 30/2024
 - 3.4 Haushalt 2024;
 - a) Behandlung der Stellungnahme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Rahmen des Benehmensverfahrens nach § 55 KrO NRW
 - b) Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024
Drucksache 428/2023 1. Ergänzung

- 3.4.1 Haushalt 2024;
Antrag zur Sache der Fraktion SPD
Drucksache 25/2024 1. Ergänzung
- 3.4.2 Haushalt 2024;
Antrag zur Sache der Fraktionen CDU, B90/Die Grünen, Si-Wi Mitte, UWG, FDP, Wir
Bürger
Drucksache 29/2024
- 4. Anträge gem. § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung
- 5. Tagesordnungspunkte nur für den Kreistag
- 5.1 Gebühren Zulassungswesen
Verzicht auf die Erhebung von Gebühren für Umkennzeichnungen als Folge des
Cyberangriffs auf die Südwestfalen-IT
Drucksache 2/2024
- 5.2 Umbesetzung in den Ausschüssen
Drucksache 17/2024
- 6. Verschiedenes

Sitzungsverlauf

Landrat Müller eröffnet um 16:05 Uhr die öffentliche Kreistagssitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Nachfrage von **Landrat Müller** zu weiteren Anmerkungen bzw. Ergänzungs- oder Änderungswünschen zur Tagesordnung stellt **KT-Mitgl. Georgi** den Antrag zur Geschäftsordnung, die Tagesordnungspunkte **3.3** und **3.4** von der Tagesordnung **abzusetzen**, da die Zeit zu knapp gewesen sei, die dazu eingereichten Änderungsanträge sachgerecht vorbereiten zu können. Er hält dieses Vorgehen im Übrigen für einen sehr bedenklichen Umgang miteinander.

Landrat Müller lässt über den Antrag zur Absetzung der Tagesordnungspunkte 3.3 und 3.4 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen, einige Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Auf Nachfrage von **Landrat Müller** werden vom Gremium keine weiteren Anmerkungen und auch keine Einwände gegen die so geänderte Tagesordnung erhoben, sodass sie wie geändert beschlossen ist.

1. Bericht der Verwaltung

Beratungsverlauf:

Es liegt kein Bericht vor.

2. Anfragen

**2.1 Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber
Anfrage der Fraktion Wir Bürger
Drucksache 19/2024**

**2.1.1 Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Wir Bürger
Drucksache 19/2024 1. Ergänzung**

Beratungsverlauf:

Es wird keine Zusatzfrage gestellt.

3. Tagesordnungspunkte für Kreisausschuss und Kreistag

Des sachlichen Zusammenhangs wegen ruft **Landrat Müller** nunmehr die Haushaltsreden, u. a. der verschiedenen Kreistagsfraktionen, in folgender Reihenfolge auf:

1. Landrat Andreas Müller
2. Kämmerer Thomas Damm
3. SPD: Julian Maletz
4. CDU: Hermann-Josef Droege
5. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ulrich Schmidt-Kalteich
6. AfD: Christian Zaum
7. Si-Wi Mitte: Markus Böhmer
8. UWG: Hans Günter Bertelmann
9. FDP: Guido Müller
10. Wir Bürger: Andreas Klein
11. LINKE: Ullrich Georgi

Auf die entsprechenden **Anlagen** wird verwiesen.

**3.1 Strukturförderung der Siegerländer Frauenhilfe e. V.
Drucksache 182/2023**

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt:

auf Grundlage des Antrages des Bezirksverbandes der Siegerländer Frauenhilfe e. V. auf Strukturförderung zur langfristigen Absicherung von Angeboten im Bereich der „Frühen Hilfen“ für Familien die nachfolgende Förderung

- a) für 2024 in Höhe von 16.000 €
- ~~b) für 2025 in Höhe von 16.000 € und~~
- ~~c) für 2026 in Höhe von 16.000 €.~~

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen, einige Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Beratungsverlauf:

Landrat Müller führt in die Thematik der Vorlage ein und weist auf die Empfehlung des vorangegangenen Kreisausschusses hin, die Förderung auf das Jahr 2024 zu beschränken und den Beschlussvorschlag in der Folge – wie oben *kursiv* dargestellt – abzuändern.

KT-Mitgl. Stephan kündigt an, dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen zu wollen. Es bestünden Doppelstrukturen, da bereits seitens der Stadt Siegen ein ähnliches Angebot für Eltern existiere.

KT-Mitgl. Maletz ist mit der Änderung gemäß der Empfehlung des Kreisausschusses einverstanden.

3.2 Haushalt 2024

**Haushaltsmittel für Planungsleistungen für Photovoltaikanlagen auf den Dächern vieler Kreisgebäude
Drucksache 5/2024**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt

folgende Beträge zusätzlich in den Kreishaushalt 2024 einzustellen:

01 11 01 4141000	45.000 €	(Zuschüsse)
01 11 01 5291000	50.000 €	(Planungskosten)
Neue investive Maßnahme 01 11 01 2368110	189.500 €	(Zuschüsse)
Neue investive Maßnahme 01 11 01 0978530	210.610 €	(Planungskosten)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltung(en)

Beratungsverlauf:

KT-Mitgl. Steffe signalisiert grundsätzlich Offenheit gegenüber PV-Anlagen wegen ihrer geringen Folgen für die Natur. Allerdings hält er die Amortisationszeit mit 20 Jahren für zu lang. Auch, dass der gewonnene Strom für den Eigenverbrauch in Form von Heizen bzw. für den Betrieb von Wärmepumpen genutzt werden solle, findet er wegen der Sonnenabhängigkeit fragwürdig. Er hält den vorgesehenen Einsatz folglich für nicht lohnenswert.

Landrat Müller weist bezüglich der auf bis zu 20 Jahre festgelegten Amortisationszeit auf die geltende Beschlussgrundlage des Kreistages hin. Zudem werde die Wirtschaftlichkeit und der Autarkiegrad stets evaluiert.

Auf die Frage von **KT-Mitgl. Klein** zu der angestrebten Strukturform für die Energiegewinnung (Gründung einer Gesellschaft?) verweist **Landrat Müller** auf die entsprechenden Ausführungen in der Vorlage auf S. 2 Mitte, Punkt 3.

3.3 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 Drucksache 459/2023

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, Bau und Digitalentwicklung empfiehlt,

der Kreisausschuss schlägt vor,
der Kreistag beschließt

den Stellenplan 2024 in der vorgelegten Form.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Beratungsverlauf:

Landrat Müller führt in die Vorlage ein. Er weist zudem auf den bestehenden gemeinsamen Änderungsantrag, Drucksache 30/2024, hin.

Dez. Wüst erläutert die Notwendigkeit der vorgesehenen Stellenmehrungen für die neuen Aufgabenbereiche Verfahrenslotsen, Kinderschutz, Vormundschaften, rechtliche Betreuung, betont die gesetzliche Verpflichtung nach SGB VIII bzw. die teilweise existierende 100-%-Förderung durch das Land (Kinderschutz) und weist bei entsprechender Vernachlässigung auf die rechtlichen Folgen (Ordnungswidrigkeits-, Schadensersatz, sonstige Klageverfahren) hin.

KT-Mitgl. Müller sieht die Verwaltung mit der derzeitigen Mitarbeiterzahl ausgestattet für die Aufgaben. Auf seine Forderung, die stetigen Stellenforderungen daher endlich zu begrenzen, hält **Landrat Müller** dagegen, dass hier dringend Stellenmehrungen vorzusehen seien, um den gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen zu können. Er weist darauf hin, dass den Kreistag bei Ausfall eine Verantwortung treffe.

Auf Nachfrage von **KT-Mitgl. Fey**, wie viele Überlastungsanzeigen aus welchen Bereichen vorliegen, verweist **LR Müller** auf die Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplanentwurf. Die Erfassung sei im Übrigen schwierig, da derzeit aufgrund der Cyberattacke noch kein Zugriff auf die Daten bestehe. Signifikant jedoch sei die Anzahl in den Bereichen Jugendamt und Regionaler Sozialdienst.

KT-Mitgl. Maletz sieht für die Verwaltung keine Spielräume, die Aufgaben ohne Stellenmehrung zu bewältigen. Er mahnt ebenfalls die Verantwortlichkeit des Kreistages bei evtl. Folgebefreiung an.

KT-Mitgl. Flender erinnert an das Ereignis in Freudenberg im letzten Jahr. Vor dem Hintergrund dürfe es in dem Bereich nicht um Stelleneinsparungen gehen.

Auch **KT-Mitgl. Georgi** und **Völkel** unterstützen die Stellenanforderungen. Zudem seien hier Fachleute gefragt. Ein Verschieben von Personal sei hier unmöglich und werde den Anforderungen nicht gerecht. Im Übrigen fordere das seinerzeit durchgeführte LUPE-Gutachten eine Stellenmehrung.

KT-Mitgl. Klein weist auf die seit einiger Zeit explodierenden Sozialausgaben hin, was Zeichen dafür sei, dass hier eben kein Abbau von Sozialleistungen geschehe. Er sieht die Verwaltung personell ebenfalls für ausreichend ausgestattet für die in Rede stehenden Aufgaben.

Landrat Müller betont noch einmal, dass es hier um neu zugewiesene, gesetzlich verpflichtende Bereiche gehe und dafür Personal vonnöten sei.

Er lässt daraufhin über den Verwaltungsvorschlag, Drucksache 459/2024, als weitergehenden Beschlussvorschlag abstimmen.

**3.3.1 Stellenplan 2024;
Antrag zur Sache der Fraktionen CDU, B90/die Grünen, Si-Wi Mitte, UWG, FDP,
Wir Bürger
Drucksache 30/2024**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss schlägt vor,
der Kreistag beschließt

der Entwurf des Stellenplans in der letzten Fassung der Verwaltungsvorlage bzw. Drucksache 459/2023 wird mit folgender Maßgabe verändert und entsprechend beschlossen:

1. Folgende Stellen werden neu eingerichtet:
 - 1 Stelle im Gesundheitsamt (gem. Vorlage) befristet auf drei Jahre
 - 1 Stelle Ingenieur Controlling Kreisstraßen
 - 1 Stelle (nicht 2) für Verwendung Ausgleichs- und Ersatzzelder

 - 2 Stellen „Controlling“ für Controlling im Sozialdezernat (Sozialamt/Jugendamt) als Stellen im Rechnungsprüfungsamt

Erläuterung:

*2 Fachcontroller*in SGB VII, IX und XII, Tarifgruppe 11 bzw.12 o. vgl. mit folgenden Voraussetzungen:*

Abgeschlossenes Hochschulstudium der Fachrichtungen Betriebswirtschaft, Sozial- oder Erziehungswissenschaften, Soziologie.

*Fachhochschulstudium Sozialarbeit/Sozialpädagogik oder vergleichbarer Abschlüsse (Diplom, Bachelor oder Master) mit Zusatzmasterstudium (z. B. Master Soziale Arbeit / Sozialmanagement) zur Bestellung zum Rechnungsprüfer*in durch den Kreistag mit unmittelbarer Unterstellung an den Leiter/die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes.*

Die bereits zu diesem Thema erfolgte erstmalige politische Beschlussfassung war – auch hinsichtlich der Aufgabenstellung und Zielrichtung – zu wenig konkret. Insoweit erfolgt nachfolgend eine – nicht abschließende – Konkretisierung:

- a) *Erstellung von umfassenden Analysen für die Bereiche Sozial- und Jugendhilfe (inkl. Eingliederungshilfe) sowie Aufbau, Fortführung und systematische Weiterentwicklung eines qualitativen Berichtswesens.*
 - b) *Dezernatsunabhängige Steuerungsunterstützung und Begleitung der Führungskräfte / der Leitungsebenen bei der Entwicklung strategischer und operativer Ziele.*
 - c) *Die haushaltsmäßigen Auswirkungen, insbes. die Auswirkungen auf den Hebesatz der allgemeinen sowie der differenzierten Kreisumlage, sollen jeweils so rechtzeitig erstellt werden, dass dem Kreistag die Ergebnisse zur Vorbereitung des Beschlusses über den Haushalt des Folgejahres vorgelegt werden können.*
 - d) *Entwicklung eines insbes. auch betriebswirtschaftlichen Vertragsmanagements für die Zusammenarbeit mit externen sozialen Dienstleistern.*
 - e) *.....*
2. Auf die Bereitstellung weiterer Planstellen wird verzichtet.
 3. Sämtliche Stellen, die aufgrund von Befristung oder sachlicher Erledigung von

Projekten und Maßnahmen im Haushaltsjahr 2024 disponibel werden, sind im Stellenplan mit einem „kw-Vermerk“ zu versehen.

4. Die haushaltsmäßigen Verbesserungen, insbesondere die Auswirkungen auf den Hebesatz der allgemeinen sowie der differenzierten Kreisumlage, sind verwaltungsseitig zu ermitteln und dem Kreistag zur Vorbereitung des Beschlusses über den Haushalt 2024 darzulegen.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Auf den Beratungsverlauf zu TOP 3.3 wird verwiesen.

KT-Mitgl. Maletz stellt für die SPD-Fraktion den Antrag zur Geschäftsordnung auf namentliche Abstimmung.

Landrat Müller lässt über den Beschlussvorschlag, Drucksache 30/2024, folglich namentlich abstimmen und verkündet das Ergebnis. Auf die entsprechende **Anlage** wird verwiesen.

3.4 Haushalt 2024;

- a) **Behandlung der Stellungnahme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Rahmen des Benehmensverfahrens nach § 55 KrO NRW**
- b) **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024**
Drucksache 428/2023 1. Ergänzung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, Bau und Digitalentwicklung schlägt vor,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt

- a) über die in der gemeinsamen Stellungnahme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Rahmen des Benehmensverfahrens gemäß § 55 KrO NRW zum Kreishaushalt 2024 vom 06. Oktober 2023 zum Ausdruck gebrachten Einwendungen entsprechend der in der Sachdarstellung dieser Vorlage enthaltenen Bewertung,
- b) die Haushaltssatzung mit entsprechendem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024, bestehend aus

dem Ergebnisplan

dem Finanzplan sowie

den Teilplänen

nebst Anlagen in der vorgelegten Form mit den sich aus dieser Vorlage ergebenden Veränderungen zuzüglich der Veränderungen, die sich aus den Haushaltsbeschlüssen mit finanziellen Auswirkungen im Rahmen der Sitzung des Kreistags vom 09.02.2024 ergeben, die noch nicht in der Veränderungsliste dieser Vorlage berücksichtigt sind.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Beratungsverlauf:

Auf den Beratungsverlauf zu TOP 3.4.2 wird verwiesen. Die sich durch die unter TOP 3.4.2 vorgenommene Beschlussfassung für den Haushalt 2024 ergebenden Änderungen werden berücksichtigt. Daraus ergibt sich schlussendlich zu den Hebesätzen das folgende, durch den **Kämmerer Damm** festgestellte Ergebnis:

Allgemeine Kreisumlage: 36,45 %

Differenzierte Kreisumlage: 25,82 %

3.4.1 Haushalt 2024;

Antrag zur Sache der Fraktion SPD

Drucksache 25/2024 1. Ergänzung

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt,

1. dass der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage auf 36,7% für das Haushaltsjahr 2024 festgelegt wird,
2. den Kämmerer zu beauftragen, die im Jahr 2023 ausgezahlte Inflationsprämie im Zuge der Tarifsteigerung im TVöD im Jahresabschluss zu isolieren,
3. die vom Landrat vorgeschlagenen Sparmaßnahmen umzusetzen und – wenn notwendig – die dafür nötigen Beschlüsse aufzuheben,
4. den Kämmerer zu beauftragen, nach § 75 II GO NRW einen globalen Minderaufwand in Höhe von 1% auszuweisen,
5. den Sockelbetrag der Ausgleichsrücklage auf 2,65 Millionen Euro abzusenken.

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt. Auf TOP 3.4.2 wird verwiesen.

Beratungsverlauf:

Auf den Beratungsverlauf zu TOP 3.4.2 wird verwiesen.

3.4.2 Haushalt 2024;

Antrag zur Sache der Fraktionen CDU, B90/Die Grünen, Si-Wi Mitte, UWG, FDP,

Wir Bürger

Drucksache 29/2024

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss schlägt vor,
der Kreistag beschließt,

1. über die in der gemeinsamen Stellungnahme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Rahmen des Benehmensverfahrens gem. § 55 KrO NRW zum Kreishaushalt 2024 vom 06.10.2023 zum Ausdruck gebrachten Einwendungen entsprechend den von den unterzeichnenden Fraktionen vorgeschlagen(en) Änderungen zum Haushaltsentwurf in der Fassung der Vorlage 428/2023 1. Ergänzung,

2. die Haushaltssatzung mit entsprechendem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 mit

- Ergebnisplan,
- Finanzplan,
- den Teilplänen,
- sowie den Anlagen

unter Berücksichtigung/nach entsprechender Veränderung bisheriger Haushaltsreden im Entwurf der Verwaltung entsprechend nachfolgenden Vorschlägen der unterzeichnenden Fraktionen:

Produkt	Produkttitel	Kürzungen
01.06.01	Kommunikation	162.000,00 € Neu: 122.000 €
01.06.02	Bürger- u. Ehrenamtsservice	50.000,00 €
01.07.01	Personal, betrieblich unterstützte Kinderbetreuung	80.000,00 €
01.11.01	Gebäude, Liegenschaften und interne Dienste, Bewirtschaftung, Berufskolleg des Kreises	250.000,00 €
01.11.01	Gebäude, Liegenschaften und interne Dienste, Bewirtschaftung, Berufskolleg des Kreises	300.000,00 €
	Instandhaltung sonst. Kreisgebäude	50.000,00 €
03.01.02	Förderung von Schulen in anderer Trägerschaft, EVAU	50.000,00 €
04.02.01	Kulturdatenpflege, Kulturhandbuch	60.000,00 €
04.04.01	Dienstleistung des Kreisarchivs, Dokumentationsstelle für Industrie und Wirtschaftsgeschichte	200.000,00 €
04.06.01	Regionale Kooperation Hochschulen	49.376,00 € Neu: 23.376,00 €
05.02.02	Hilfe in besonderen Lebenslagen, Verhütungsmittelfonds	20.000,00 € Neu: 0,00 €
05.03.01 - 1	Sonstige soz. Angelegenheiten, Zuschüsse Wohlfahrtspflege	100.000,00 €
05.03.01 - 2	Sonstige soz. Angelegenheiten Inklusionsbericht	80.000,00 €
10.01.01 - 1	Bauaufsichtliche Entscheidungen, Beratung und Information außerhalb formeller Verfahren	50.000,00 €
10.01.01 - 2	Bauaufsichtliche Entscheidungen, RAL-Gütesiegel	20.000,00 €
10.02.01	Wohnungsförderung	15.665,00 €
14.01.01	Bodenschutzbehörde, Flächenrecycling	37.000,00 €
15.02.01	Tourismus	500.000,00 €
15.01.01.01	Wirtschaftsförderung	250.000,00 €
	Summe	2.324.041,00 € Neu: 2.238.041 €

3. Für den Haushalt wird der globale Minderaufwand über alle Bereiche auf ein Prozent festgesetzt.

Die Auswirkungen dieser Veränderungen des Entwurfs der Verwaltung hinsichtlich Haushaltsplans mit seinen Anlagen und insbesondere mit Blick auf die daraus resultierende Auswirkung auf den Hebesatz der allgemeinen / der differenzierten Kreisumlage sind verwaltungsseitig zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Landrat Müller weist darauf hin, dass zur Verwaltungsvorlage, Drucksache 428/2023 1. Ergänzung, zwei Änderungsanträge vorliegen.

Ein Abgleich der Kürzungsvorschläge aus dem weitergehenden, gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Si-Wi Mitte, UWG, FDP und Wir Bürger, Drucksache 29/2024, mit dem Verwaltungsvorschlag, ergebe zunächst eine verbleibende Kürzung von insgesamt 2.050.541 €. Dies würde sich auf die Hebesätze zunächst wie folgt auswirken

Allgemeine Kreisumlage: 36,48 %

Differenzierte Kreisumlage: 25,82 %

KT-Mitgl. Georgi signalisiert u. a. wegen der starken Minderung der Ausgleichsrücklage und des globalen Minderaufwands keine Zustimmung.

KT-Mitgl. Maletz stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, über jeden Punkt des Antrags, Drucksache 29/2024, einzeln abzustimmen.

KT-Mitgl. Droege beantragt Gesamtabstimmung.

Landrat Müller weist darauf hin, dass es im Gremium bislang üblich gewesen sei, auf eine beantragte getrennte Abstimmung einzugehen. Er schlägt vor, wegen des offensichtlichen Frage- und Diskussionsbedarfs zu den einzelnen Einsparungspunkten, diese zumindest zunächst einzeln zu beraten.

Das Gremium hat dagegen keine Einwände.

Landrat Müller ruft daraufhin jeden einzelnen Kürzungspunkt des gemeinsamen Antrags zur Beratung auf.

Zu Produkt 01.06.01:

KT-Mitgl. Maletz kündigt mit dem Hinweis auf die mannigfaltigen Einzelprojekte, die davon betroffen wären (Stadtradeln, Emek Hefer, Schülerlauf etc.), an, der Kürzung nicht zuzustimmen.

KT-Mitgl. Droege ist aufgrund der verwaltungsseitig bereits vorgesehenen Kürzung von 40.000 € mit der Reduktion der Kürzung auf 122.000 € einverstanden (s. Änderung im Beschlussvorschlag – *kursiv* –).

Zu Produkt 01.06.02:

KT-Mitgl. Völkel weist darauf hin, dass mit dieser Kürzung das Ehrenamt, für das man sonst immer eingetreten sei, geschmälert werde.

KT-Mitgl. Helmke betont, dass es sich lediglich um eine Kürzung, nicht um eine Streichung handele.

Landrat Müller führt dringend aus, dass dennoch durch die vorgeschlagene Kürzung Mittel für die dort angesiedelte Personalstelle wegfallen.

Zu Produkt 01.07.01:

KT-Mitgl. Flender, zur Nieden, Schöppner, M. Schmidt und **Fey** rügen die Familienunfreundlichkeit der Kürzung unter diesem Punkt. Jungen Eltern werde in der Folge der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert, während der Kreis familienfreundliche Unternehmen eigentlich zertifiziere.

Zu Produkt 01.11.01:

Landrat Müller betont, dass die Verwaltung in ihrem veränderten Entwurf hier bereits 200.000 € einsparen wolle. Evtl. könnte eine weitere Reduzierung i. H. v. 50.000 € bei der Instandhaltung sonstiger Kreisgebäude hingenommen werden.

Auf die Anmerkung von **KT-Mitgl. Klein**, dass es sich schließlich um Kürzungen im freiwilligen Bereich handele, entgegnet **Landrat Müller**, dass die Gebäudebewirtschaftung mit den mehrjährigen Verträgen nicht als freiwillige Leistung zu bezeichnen sei.

Zu Produkt 03.01.02:

KT-Mitgl. Georgi zeigt Unverständnis dafür, dass in der Dezember-Sitzung eine Einsparung beim „EVAU“-Zuschuss noch unvorstellbar gewesen sei, nun aber die Kürzung vorgeschlagen werde.

Landrat Müller weist darauf hin, dass bis Mitte 2024 allerdings Verhandlungen mit dem Kirchenkreis laufen, woraus sich ohnehin eine Einsparung in diesem Punkt ergeben könnte.

Zu Produkt 04.02.01:

Landrat Müller macht deutlich zu dem Kürzungsvorschlag, dass hier ein bundesweit beachtetes Kooperationsprojekt mit den Städten und Gemeinden betroffen sei, und zwar mit unmittelbarer Auswirkung auf die dort angesiedelte Personalstelle.

Zu Produkt 04.04.01:

Landrat Müller erklärt den hier bestehenden Zusammenhang mit der Erweiterung des Siegerlandmuseums und der darin anzusiedelnden Dokumentationsstelle für Industrie und Wirtschaftsgeschichte.

KT-Mitgl. Droege weist darauf hin, dass von den hier ursprünglich einmal vorgesehenen Mitteln i. H. v. 300.000 € 100.000 € bereits in andere Kulturprojekte geflossen seien. Die nunmehr übrigen 200.000 € könnten ohnehin in 2024 nicht mehr kassenwirksam werden. Insofern sei die Kürzung nachvollziehbar, da der Erweiterungsbau voraussichtlich in 2024 nicht realisiert werde.

Landrat Müller stimmt zu, deutet aber an, dass das Projekt im nächsten Jahr dem KT wieder vorgelegt werde.

Zu Produkt 04.06.01:

KT-Mitgl. Scholl sieht in dem enthaltenen Campus-Zuschuss eine vertragliche Verpflichtung.

Landrat Müller erläutert, dass sich daraus jährlich 26.000 € ergeben. Die hier beantragte Kürzung müsse um diesen Betrag reduziert werden (s. Änderung im Beschlussvorschlag – *kursiv* –).

Er sagt zu, die Thematik „Campus-Zuschuss“ (Seit wann? Wie lange? Wie hoch?) im Nachgang als Zusatz zum Protokoll zu erläutern.

Nachtrag von Amt 20 zu 04.06.01:

Die Auszahlung in Höhe von 650.000 € erfolgte im Oktober 2020 an die Uni Siegen. Die Auflösung des ARAP begann ab Oktober 2021 jährlich mit 26.000 Euro. Es wurden für die Auflösung 25 Jahre festgelegt (650.000/25 Jahre= 26.000 Euro). Die letzte Buchung erfolgt also im September 2046.

Zu Produkt 05.02.02:

Landrat Müller weist darauf hin, dass die Verwaltung hier bereits Kürzungen vorgesehen habe.

KT-Mitgl. Droege ist damit einverstanden, sodass hier keine zusätzliche Kürzung mehr vorzunehmen sei (s. Änderung im Beschlussvorschlag – *kursiv* –).

Zu Produkt 05.03.01 – 1:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu Produkt 05.03.01 – 2:

KT-Mitgl. Fey verweist auf die dringende und von der EU angemahnte Notwendigkeit eines Inklusionsberichts.

KT-Mitgl. Menn plädiert dafür, in diesem Punkt die Kosten für die externe Fremdleistung einzusparen. Der Bericht könne genauso auch von der Verwaltung erstellt werden.

KT-Mitgl. Droege verweist dazu auf die eindeutige Mehrheitsmeinung im Fachausschuss.

Zu Produkt 10.01.01. – 1:

Auf Bitte von **KT-Mitgl. Maletz** erläutert **Landrat Müller**, dass es sich hier um Kosten für die Anbahnung von Bauantragsverfahren vor Antragstellung in Form von Beratung und Service der Verwaltung handele, ohne dass dafür Gebühren erhoben werden. Die Kosten seien also faktisch vorhanden.

Zu Produkt 10.01.01 – 2:

Landrat Müller erläutert, dass es hierbei um Zeiteinheiten zur Abwicklung der RAL-Gütesiegel gehe.

Zu Produkt 10.02.01:

KT-Mitgl. Maletz weist darauf hin, dass das Wohnungsförderungsprogramm eingestellt sei.

Zu Produkt 14.01.01:

Landrat Müller verweist auf die Einsparung im Bereich Flächenrecycling, die bereits durch den Verwaltungsvorschlag Berücksichtigung finde.

Zu Produkt 15.02.01:

KT-Mitgl. Maletz zeigt Unverständnis für die beantragten pauschalen Kürzungen. Hier solle vielmehr vorsichtig und sorgfältig eruiert werden. Es sei fraglich, wie die Städte und Gemeinden darauf reagieren würden. Teilweise sei bereits von Seiten der Bürgermeister Verwundung zum Ausdruck gebracht worden. Man dürfe zudem die positiven Auswirkungen auf den Tourismus, die durch diese Arbeit entstünden, nicht übersehen. Evtl. könne man hier auch mit Sperrvermerken arbeiten.

KT-Mitgl. Droege betont, dass es hier um eine politische Entscheidung gehe. Hinsichtlich der Städte und Gemeinden sehe er eher Doppelstrukturen, die abzubauen sind. Ein Sperrvermerk helfe nicht weiter. Hier solle nun Klarheit geschaffen werden.

KT-Mitgl. Sittler warnt vor einem großen Rückschritt. Es könne nicht Ziel sein, dass jede Kommune auf diesem Gebiet nur für sich allein handele. Er halte das für unproduktiv.

KT-Mitgl. Linde entgegnet, dass seiner Ansicht nach die Städte und Gemeinden sehr wohl das Interesse haben, den Tourismus für sich neu aufzustellen. Dies geschehe auch bereits. Er sieht die Notwendigkeit daher nicht beim Kreis.

Landrat Müller weist abschließend darauf hin, dass die Kürzungen in diesem Punkt nicht mitzutragen seien, da dadurch die für dieses Jahr vorgesehenen touristischen Aktivitäten erheblich eingeschränkt würden, vertragliche Verpflichtungen gegenüber dem Personal bestünden und zudem Vertrauensschutz verletzt würde, der entstanden sei durch die für diesen Bereich vom Kreistag zuletzt beschlossene Beantragung von EU-Fördermitteln und die beschlossene Erhöhung des Zuschusses für den Rothaarsteigverein.

Zu Produkt 15.01.01.01:

KT-Mitgl. M. Schmidt betont die wichtige Rolle, die der Kreis in Sachen Wirtschaftsförderung einnehme. Es gehe um das „Gesehen-Werden“, die wichtige Scharnierfunktion zwischen Groß-, mittelständischen und Kleinunternehmen, um Start-ups und um viele Transformationsleistungen, um die heimische Industrie zu unterstützen.

Landrat Müller ergänzt, dass die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen, die im Übrigen einen Stellenanteil von 2,5 Stellen betreffen, von Seiten der Unternehmen hoch sei.

KT-Mitgl. Zaum hält nichts von einer praktizierten Wirtschaftsförderung nach dem „Gießkannenprinzip“. Da sei vielmehr die Bundesregierung mit durchschlagenden Maßnahmen in die Pflicht zu nehmen.

KT-Mitgl. Droege stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Sitzungsunterbrechung.

Auf Nachfrage von **Landrat Müller** ist das Gremium damit einverstanden.

Landrat Müller unterbricht die Sitzung um 19:40 Uhr.

Landrat Müller nimmt die Sitzung um 19:57 Uhr wieder auf.

Auf seine Nachfrage, ob es Änderungen an dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen, Drucksache 29/2024, gebe, führt **KT-Mitgl. Droege** aus, dass der Antrag an sich bestehen bleiben, allerdings in den bereits angesprochenen Punkten – s. o.: *kursiv* dargestellt – abgeändert werde.

Zudem weist **KT-Mitgl. Droege** auf folgendes hin:

... zu Produkt 15.02.01: Der Ausstieg aus dem Tourismusverband solle erst in 2025 erfolgen. Zur Umsetzung der ersten Schritte solle im nächsten Fachausschuss berichtet werden

... zu Produkt 15.01.01.01: Auch hier solle im nächsten Fachausschuss zur Umsetzung berichtet werden.

Über den Antrag solle aber als Gesamtpaket abgestimmt werden.

KT-Mitgl. Maletz zieht den Antrag auf getrennte Abstimmung zurück.

KT-Mitgl. Maletz stellt daraufhin für die SPD-Fraktion den Antrag auf geheime Abstimmung über Drucksache 29/2024.

Landrat Müller erläutert das Abstimmungsprozedere:

1. Geheime Abstimmung zum Beschlussvorschlag, Drucksache 29/2024, mit den oben genannten – *kursiv* dargestellten – Änderungen.
2. Abstimmung über den gesamten Haushalt 2024 auf Grundlage der Drucksache 428/2023 1. Ergänzung und unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen.

Landrat Müller lässt über Drucksache 29/2024 wie unter 1. dargestellt geheim abstimmen.

Er beauftragt danach die **KT-Mitgl. Maletz, Jung, L. Schmidt, G. Müller, Zaum, Linde, Böhmer, Fey, Schwarzer** mit der Auszählung der Stimmen.

Das Abstimmungsergebnis dazu ist oben unter TOP 3.4.2 aufgeführt.

Danach lässt **Landrat Müller** über Drucksache 428/2023 1. Ergänzung wie unter 2. dargestellt abstimmen.

Das Abstimmungsergebnis dazu ist oben unter TOP 3.4 aufgeführt.

4. Anträge gem. § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung

Beratungsverlauf:

Es liegen keine Anträge vor.

5. Tagesordnungspunkte nur für den Kreistag

5.1 Gebühren Zulassungswesen

**Verzicht auf die Erhebung von Gebühren für Umkennzeichnungen als Folge des Cyberangriffs auf die Südwestfalen-IT
Drucksache 2/2024**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt,

auf die Gebühren und Auslagen zu verzichten, die sich aus der Umkennzeichnung von Fahrzeugen ergeben, die aufgrund der Situation der temporären Kfz-Zulassung in anderen Zulassungsbezirken zu einem späteren Zeitpunkt auf die Kennzeichen SI- oder BLB- wechseln. Dies gilt nicht für die Gebühr von Wunschkennzeichen. Die Gebühren- und Auslagenbefreiung gilt in dem Zeitraum vom 01.03.2024 bis zum 28.02.2025.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen, 7 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Es findet keine Beratung statt.

5.2 Umbesetzung in den Ausschüssen Drucksache 17/2024

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

Die Umbesetzung im Kreisausschuss und in den Ausschüssen nach § 35 Abs. KrO wie in der Sachdarstellung zu dieser Drucksache erläutert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Beratungsverlauf:

Es findet keine Beratung statt.

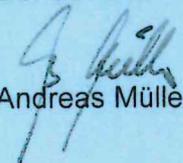
6. Verschiedenes

Beratungsverlauf:

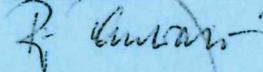
Es liegt kein Beratungspunkt vor.

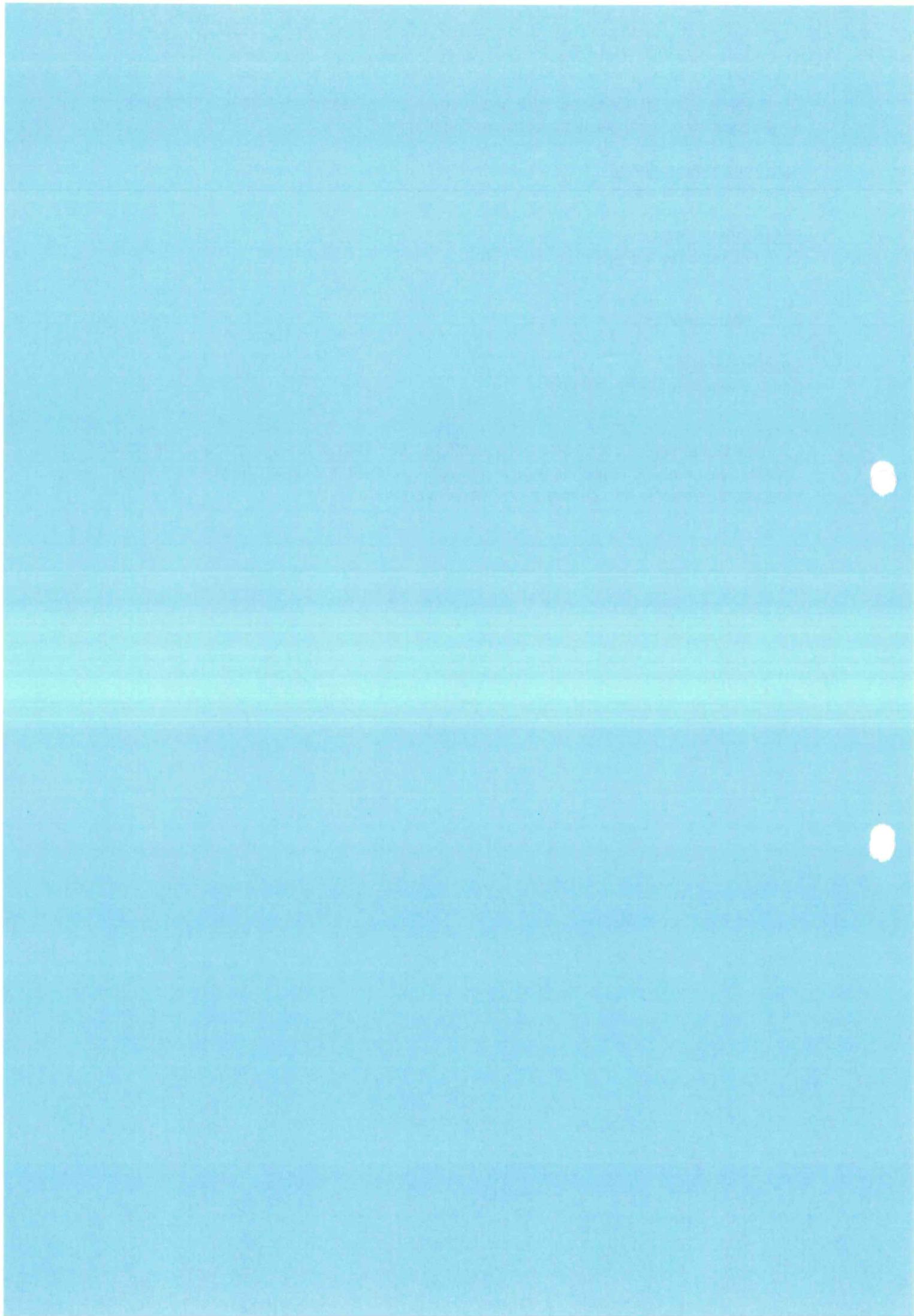
Landrat Müller schließt um 20:24 Uhr den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Da für das Gremium keine nichtöffentlichen Punkte vorliegen, schließt er zugleich die gesamte Kreistagssitzung. Er dankt den Zuhörern und Medienvertretern.

Der Landrat


Andreas Müller

Schriftführer


Rüdiger Pankratz



Haushaltsrede 9. Februar 2024

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

- „So geht das nicht mehr weiter, das Ende ist nah! Ich schlage Ihnen eine Kreisumlage in Höhe von 39,9 Prozent vor. Um alle Ausgaben des Kreises zu finanzieren, muss die Kreisumlage eigentlich deutlich steigen. Wir brauchen jetzt sogar schon 43 Prozent, um auf Null zu kommen. Wir sind dabei, unsere Handlungsfähigkeit zu verlieren.
- Noch zwei Jahre – und die bilanzierte Ausgleichsrücklage ist weg. Dann sind harte Einsparungen unumgänglich – beim ÖPNV, den Kindergärten, im kulturellen Bereich.
- Die Gründe liegen in den horrenden Sozialausgaben. Die sprengen unsere Möglichkeiten. 1980 lagen sie auf Kreisebene noch bei 53,2 Millionen Euro. Jetzt bei 218,5 Millionen. Kommt hier ein Signal aus Berlin? Wir streiten uns hier, weil andere uns die Luft abdrücken!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- ich hoffe, Sie haben sich nicht erschrocken. Und ich habe mich auch nicht im Manuskript vergriffen. Das, was ich Ihnen gerade vorgetragen habe, ist exakt 10 Jahre alt.
- Man vergisst ja so schnell. Deshalb habe ich mal ins Archiv geschaut und die Berichterstattung über die Vorstellung des Kreishaushaltes im November 2013 herausgeholt.
- Das, was ich Ihnen vorgetragen habe, war die Situation vor genau exakt 10 Jahren.

- Mein Vorgänger hatte damals einen Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage von 39,9 Prozent vorgeschlagen. Übrigens war das auch schon der Hebesatz im Jahr 2013. Und mein Vorgänger hat damals prognostiziert, dass in 2016 die Ausgleichsrücklage vollkommen aufgebraucht sein würde.
- Kreisumlage 39,9 Prozent - nun wird der eine oder andere sagen: „Das waren ja auch völlig andere Zeiten.“
- Stimmt! Vollkommen richtig.
- Das war noch bevor der Islamische Staat weite Teile des Iraks und von Syrien besetzt und mit seiner Terrorherrschaft eine große Fluchtbewegung ausgelöst hat.
 - Sie erinnern sich „Wir schaffen das!“
- Das war bevor die Taliban die Macht in Afghanistan zurückerobert haben, was viele veranlasst hat, das Land Richtung Westen zu verlassen.
 - Sie erinnern sich: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“
- Das war noch, bevor Russland die Ukraine überfallen und zigtausend Menschen getötet und Millionen in die Flucht geschlagen hat.
 - Sie erinnern sich: „Zeitenwende“
- 2013: das war 7 Jahre bevor Corona unser Land zum Stillstand gebracht hat – mit wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die bis heute nachwirken.

- Vor 10 Jahren kannten wir weder „Fridays for Future“ noch die „Letzte Generation“, die den Klimaprotest auf die Straßen bringen.
- 2013 - das war noch vor dem Energiepreisschock, der uns alle ganz hart getroffen hat.

Meine Damen und Herren,

- wenn man 10 Jahre zurückdenkt, an 2013, dann könnte man sich fast dazu hinreißen lassen, von der „guten alten Zeit“ zu sprechen.
- Trotzdem hat mein Vorgänger damals bereits eine Kreisumlage von 39,9 Prozent vorgeschlagen. Ganz so ist es dann aber doch nicht gekommen.
- Nach der Haushaltssitzung des Kreistages konnte man am 14. Dezember 2013 in der Siegener Zeitung lesen:
- „Bis in die Mittagsstunden haben Christdemokraten, Liberale und Unabhängige gerungen. Bis zuletzt wurde an den Formulierungen für die intern hart umkämpften Änderungsanträge zum Kreisetat 2014 gefeilt. Dann hatte das Trio der Kreistagsfraktionen eine Abstimmungsgrundlage – und brachte gestern Abend im Geisweider Rathaus mit seinen Stimmen den Haushalt für das kommende Jahr durch.“
- Sie haben damals dann vor 10 Jahren einen Hebesatz von 39,5 Prozent beschlossen.
- Von daher werden Sie sich vermutlich sehr freuen, dass unser Kämmerer Thomas Damm trotz aller zusätzlicher Belastungen, die in den vergangenen 10 Jahren auf unsere Schultern geladen worden sind, einen Hebesatz von 37,7 Prozent errechnet hat.

- Ursprünglich waren es 38,4 Prozent. Nach Einarbeitung der Änderungsliste ergibt sich jetzt die gerade genannanten 37,7 Prozent – also sehr viel weniger als Sie vor 10 Jahren verabschiedet haben. Und das in deutlich härteren Zeiten!
- Nun sagt mir meine innere Stimme, dass Sie die 37,7 trotzdem nicht verabschieden werden. Aber die Frage, warum 39,5 Prozent vor 10 Jahren völlig in Ordnung waren, 37,7 Prozent heute aber quasi den Weltuntergang bedeuten, hat mir bisher niemand schlüssig erläutert.
- Vielleicht liegt die Erklärung in dem, was in den vergangenen 10 Jahren noch so alles passiert ist – über das hinaus, was ich eben aufgeführt habe.
- Vor allem hat sich die Art, Politik zu machen, vollkommen verändert.
 - Verschwörungstheorien haben es bis in die Parlamente geschafft.
 - Politiker verbreiten „Alternative Fakten“ ohne rot zu werden. Früher hat man das einfach „Lügen“ genannt.
 - Persönliche Angriffe, Beleidigungen und Unterstellungen ersetzen das Ringen um sachliche Lösungen.
 - Gefühlte Wahrheiten sind für manche wichtiger als Zahlen und Daten.
- Nennen Sie mich altmodisch: Aber gefühlte Wahrheiten sind nicht mein Ding. Ich halte mich lieber an Zahlen, Daten und Fakten.

- Auch gerade mit Blick auf den Kreishaushalt.
- Lassen sich mich ein paar dieser Fakten nennen:
- Sozialausgaben: 1980 53,2 Millionen, vor zehn Jahren 218 Millionen, heute über 400 Millionen. Fast 70 Prozent aller unserer Aufwendungen. 400 Millionen Euro!
- Bei etwas mehr als die Hälfte dieser Summe hat mein Vorgänger vor 10 Jahren festgestellt: „Die sprengen unsere Möglichkeiten“. Dem muss ich nichts hinzufügen – das kann ich einfach nur dreimal unterstreichen.
- Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen reichen zusammen nicht aus, um nur diese gewaltige Summe zu finanzieren. Und das sind unsere Haupt Einnahmequellen.
- Allein schon 100 Millionen überweisen wir direkt weiter an den Landschaftsverband – erstmals einen dreistelligen Millionenbetrag.
- Trotzdem, und das ist durchaus bemerkenswert, müssen wir Ihnen heute keinen Hebesatz von 39,5 Prozent vorschlagen.
- Und auch die Ausgleichsrücklage war 2016 noch nicht weg, wie mein Amtsvorgänger prophezeit hatte.
- Im Gegenteil – noch heute können wir von ihr zehren und die Kommunen so massiv entlasten.
- Das ist das Ergebnis einer kommunalfreundlichen Politik, die ich seit meiner Wahl 2014 konsequent umgesetzt habe.
- Zur Erinnerung: Damals – 2014 – war 9 unserer 11 Städte und Gemeinden in der Haushaltssicherung. 9!
- In diesem Jahr ist es voraussichtlich keine: Alle werden einen Haushalts-Ausgleich darstellen können.
- Lassen Sie mich ein paar Worte zur differenzierten Kreisumlage sagen:

- Ja – der Hebesatz ist hoch.
- Manche sagen, „bei uns ist doch nichts anders, als bei anderen“. Warum ist die Umlage dann so hoch?
- Denen muss ich antworten: Selbstverständlich ist bei uns etwas anders!
- Alle gemeinsam haben wir uns vor mehr als einem Jahrzehnt auf den Weg gemacht, Siegen-Wittgenstein zur familienfreundlichsten Region in NRW zu machen.
- Wir haben weit und breit die günstigsten Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung. Vom Kreistag so entschieden und gewollt.
- Gibt es irgendjemand hier, der glaubt, das hat keine Auswirkung auf die Jugendamtsumlage?
- Natürlich hatte das Auswirkungen! Denn die fehlenden Elternbeiträge müssen natürlich über die differenzierte Kreisumlage finanziert werden.
- Oder das Angebot an Kitaplätzen: 400.000 Betreuungsplätze fehlen bundesweit – eine Meldung, die erst wenige Wochen alt ist.
- Und bei uns? Alle Eltern, die ein Betreuungsangebot wünschen, erhalten eines. Diese Versprechen können wir bis heute einhalten. Auch wenn die Herausforderungen in Zukunft durch den Fachkräftemangel größer werden.
- Haben Sie ein Gefühl, wie sich die Kindertagesbetreuung in den letzten 10 Jahren bei uns entwickelt hat?
- 2013 hatten wir 5.630 Kinder in der Tagesbetreuung.
- In diesem Jahr werden es fast 7.500 sein. Wir haben also in meiner Amtszeit annähernd 1.900 neue Betreuungsplätze geschaffen. Umgerechnet sind das rund 30 neue 3-Gruppen-Kitas.
- War das ein Selbstläufer? Natürlich nicht.

- Vor zehn Jahren haben wir 19 Mio. Euro für die Kindertagesbetreuung ausgegeben. In diesem Jahr wird es mehr als das doppelte sein: über 41. Mio. Euro.
- Andere Kommunen können den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz längst nicht mehr erfüllen. Natürlich spart man auf diese Weise viel, viel Geld. Denn nur wenige Eltern setzen den Rechtsanspruch vor Gericht durch.
- Und wenn man die Sätze für die Elternbeiträge ausreizt, dann geht das zwar auf Kosten der Familien, senkt aber sofort die Jugendamtsumlage.
- Wollen wir das? Wollen Sie das? Bisher war die Antwort: nein.

- Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Gedanken zum Stellenplan.
- Auch der Frage, wie viel Personal die Kreisverwaltung benötigt, um ihre Aufgaben sachgerecht erledigen zu können, kann man sich auf unterschiedliche Weisen nähern.
- Eine Möglichkeit: Man fragt
 - „Welche zusätzlichen Aufgaben hat die Kreisverwaltung bekommen?“
 - „Wie haben sich Fallzahlen entwickelt?“
 - „Wie wurden Untersuchungsintervalle oder Prüfungstiefen verändert?“
 - „Wie haben sich Bearbeitungszeiten entwickelt?“
 - „Wie sieht es mit Überlastungsanzeigen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus?“

- Das sind alles Sachfragen, auf die es ganz konkrete Antworten gibt. Über diese kann man diskutieren und die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen.
- Das habe ich in den Haushaltsberatungen leider vermisst. Übrigens auch schon in den Jahren zuvor.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

- Sparen ist ein hehres Ziel – aber viel leichter gesagt als getan.
- Das haben wir alle bei den Diskussionen in den letzten Wochen und Monaten gemerkt.
- Wir ringen um Einsparungen bei einzelnen Posten in Höhe von wenigen tausend Euro. Und am Ende steigt die Landschaftsumlage um 10 Millionen - und von den Sporbemühungen bleibt nichts Spürbares übrig.
- Mein Vorgänger hatte drei Bereiche genannt, die aus seiner Sicht beim Sparen in den Fokus geraten würden oder genommen werden müssten: ÖPNV, Kinderbetreuung, Kultur.
- Wer das ernsthaft will, legt aus meiner Sicht die Axt an die Zukunftsfähigkeit der Region.
- Wer in Zeiten von Arbeits- und Fachkräftemangel tatsächlich bei der Kinderbetreuung, beim ÖPNV, bei unseren Kulturangeboten, dem Tourismus oder der Wirtschaftsförderung sparen will, dem fehlt jegliche Weitsicht.
- Wer das ernsthaft vorschlägt, kann sich direkt aus dem Wettbewerb der Regionen um die klügsten Köpfe und die besten Zukunftschancen verabschieden.
- Dann gehen die Menschen nämlich woanders hin, dorthin, wo es das alles gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- Einen Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage in Höhe von 39,9 Prozent hatte mein Vorgänger vor genau 10 Jahren vorgeschlagen,
- 39,5 hat dieser Kreistag damals beschlossen.
- 37,7 Prozent stehen jetzt im aktualisierten Entwurf des Haushaltes für 2024.
- Trotzdem gehe ich einen Schritt weiter – auf unsere Kommunen zu. Ich habe das auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Haushaltsentwurfes und im Finanzausschuss bereits vorgestellt.
- Über das, was wir an konkreten Einsparungen in Höhe von 5 Mio. Euro bereits eingeplant haben, schlage ich Ihnen weitere Entlastungen in Höhe von 10 Mio. Euro vor.
- Ich empfehle Ihnen, der Forderung der Bürgermeisterkonferenz zu folgen und den Sockelbetrag der Ausgleichsrücklage zu überdenken. Dabei geht es ebenfalls um eine Entlastung in Höhe von bis zu 5 Millionen Euro.
- Und ich empfehle, einem weiteren Vorschlag der Bürgermeister zu folgen und einen globalen Minderaufwand in Höhe von einem Prozent zu beschließen.
- Auch das ist ein Einsparvolumen in Höhe von rund 5 Mio. Euro.
- Insgesamt würden wir so unsere Städte und Gemeinden um weitere 10 Millionen Euro entlasten.

- Die zu veranschlagenden Hebesätze lägen dann bei 36,08 Prozent für den allgemeinen Kreishaushalt und 25,97 bei der differenzierten Kreisumlage.
- Ich schlage das vor, um die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden in dieser durchaus ernststen Situation der öffentlichen Haushalte zu erhalten und um nach Möglichkeit, Haushaltssicherungskonzepte zu vermeiden.
- Sie, die Fraktionen, haben sich darüber hinaus seit Anfang des vergangenen Jahres intensiv mit den Freiwilligen Leistungen des Kreises beschäftigt, um Sparvorschläge zu erarbeiten. Auch das war eine Forderung der Bürgermeister. Diese Vorschläge können dann ggf. noch zu einer weiteren Absenkung der Hebesätze führen. In welchem Umfang, das werden die heutigen Beratungen zeigen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

- Ich möchte meine Haushaltsrede mit zwei Bemerkungen schließen:
- 1. Ein Riesen-Dank an die Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung. Was sie in den letzten Wochen geleistet haben, ist wirklich ganz außergewöhnlich.
- Nach der Cyberattacke wurde innerhalb kürzester Zeit vieles wieder ans Laufen gebracht. Oft waren wir die ersten, die Dienstleistungen wieder angeboten haben.

- Und ein ganz herzlicher Dank allen Partnern, die uns in dieser außergewöhnlichen Situation unterstützt haben und in vielen Bereichen immer noch unterstützen.
- 2.: Ein ganz herzlicher Dank an die Zivilgesellschaft, an die Frauen, Männer, an die Jugendlichen und Kinder, an Senioren, an ganze Familien, die sich in den letzten Wochen so engagiert für unsere Demokratie und gegen Rechtsextremismus einsetzen – zu Hunderttausenden in ganz Deutschland, auch bei uns in Siegen-Wittgenstein.
- Das Potsdamer Treffen, auf dem auch Pläne für die Deportation von Deutschen mit Migrationshintergrund diskutiert wurden, hat viele wach gerüttelt.
- Die Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie überlebt nur, wenn eine starke Zivilgesellschaft sich immer wieder schützend vor sie stellt.
- Das geschieht in den letzten Wochen sehr sichtbar – nicht nur an den Orten, an denen man sowieso Demos erwarten würde, sondern überall im Land, bis in kleinste Gemeiden.
- Da bin ich auch persönlich gerne mit dabei.
- Deshalb ein noch einmal ein riesiger Dank an alle in Siegen-Wittgenstein, die für unsere Demokratie und gegen Rechtsextremismus auf die Straße gehen!
- Denn nur weil wir diese funktionierende Demokratie haben, sitzen wir heute überhaupt hier und können über einen Kreishaushalt beraten, können über einzelne Punkte kontrovers streiten und es steht nicht von vorneherein fest, was am Ende dabei rauskommt – wie das in Diktaturen üblich ist.
- In diesem Bewusstsein und in tiefer Dankbarkeit, in diesem demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland leben zu

können, bedanke ich mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns jetzt eine konstruktive Beratung.

KD / KK

09.02.2024

Haushaltsrede 2024 – es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr LR,
sehr geehrte Mitglieder des KT,
meine Damen u. Herren,

zunächst bedanke ich mich ganz ausdrücklich bei meinen Mitarbeiterinnen u. Mitarbeitern des Amtes für Finanzwirtschaft unter Leitung von Herrn Jürgen Heine dafür, dass Sie die Haushaltssatzung 2024 trotz des Cyberangriffs sorgfältig vorbereitet haben.

Dennoch stellt die Beschlussfassung des neuen HH eine besondere Herausforderung dar, weil der HH-Ausgleich nur mit einer signifikanten Anhebung der allgemeinen und differenzierten Kreisumlage erreicht werden kann, womit man sich naturgemäß schwertut.

Folie 1

Die Mehrbelastungen für das neue Jahr belaufen sich auf über 50 Mio. €. Ursächlich dafür sind:

Mehrbelastungen für 2024 > 50 M€

- Anstieg Transferaufwendungen 30,5 M€
- Verminderte Schlüsselzuweisungen 6,0 M€
- Beendigung der außerordentlichen Isolierungserträge für Corona u. Ukrainekrieg 7,3 M€
- Anstieg der Personal- u. Versorgungsaufwendungen 7,2 M€

1

Kreis Siegen-Wittgenstein

143312101

 Kreis Siegen-Wittgenstein

Folie 2

Bis zur HH-Sitzung im Dezember haben sich gegenüber dem ersten HH-Entwurf im wesentlichen Änderungen in den Bereichen

- GFG-Modellrechnung
- Wisente u.
- verwaltungsseitige Verbesserungsvorschläge

ergeben.

Demnach standen im Dezember folgende Eckpunkte zur Beratung an:

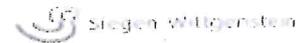
HH-Eckpunkte Stand Dezember

Modellrechnung Wisentbeschlüsse Vw.seitige Verbesserungsvorschläge	DS 428/2023
Allgemeine Kreisumlage	38,03 %
Differenzierte Kreisumlage	26,46 %
Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage	19,7 M€

2

Kreis Regen-Weidenkreis

14.01.2024



Folie 3

Seit der Vertagung des HH in der Dezember-Sitzung sind folgende Verbesserungen eingetreten:

- Senkung der LU u.
- Höhere Wohngeldersparnis des Landes

Daraus resultiert die aktuelle Vorlage DS 428/2023, 1. Ergänzung vom 17.01.2024 mit folgenden Eckdaten:

HH-Eckpunkte aktuell	
Senkung LWL-Umlage Höhere Wohngeldersparnis des Landes	DS 428/2023 1. Ergänzung
Allgemeine Kreisumlage	37,77 %
Differenzierte Kreisumlage	26,46 %
Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage	19,7 M€

3 Kreisräte/Verwaltungsausschuss 09.02.2024 Siegen Wittgenstein

Folie 4

Neben weiteren echten HH-Konsolidierungsmaßnahmen stehen zzt. fragwürdige Gestaltungsoptionen in der Diskussion:

Zum einen die Aufhebung des vom KT beim Eintritt ins NKF beschlossenen Sockelbetrags von 5 Mio. €.

Zum anderen die Einplanung eines globalen Minderaufwands von 1 % der ordentlichen Aufwendungen.

HH-Gestaltungsoptionen

	DS 428/2023 1. Ergänzung	Socket	GlobMA
		5 M€	1 %
Allgemeine Kreisumlage	37,77 %	-0,91 %	-0,78 %
Differenzierte Kreisumlage	26,46 %	26,46 %	-0,49 %
Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage	19,7 M€	24,7 M€	

4

Kreis Siegen-Wittgenstein

11.06.2024



Um es gleich vorweg zu nehmen: als Kämmerer bin ich kein Freund von diesen beiden Gestaltungsoptionen und begründe Ihnen auch warum:

1. Der beschlossene Socketbetrag ist eine wichtige Risikovorsorge für die Ausführung des Kreis-HH. Dank dieses Socketbetrags von 5 Mio. € ist es möglich, unterjährige Schwankungen ohne Nachtragsverpflichtung zu bewältigen.

Diese Schwankungsreserve aufzulösen, bedeutet eine einmalige Entlastung der kreisangehörigen Kommunen, die allerdings zukünftige Kreis-HH in große Schwierigkeiten bringen könnte, weil dann faktisch kaum noch unterjährige Ausgleichsmöglichkeiten bestehen.

Denn eine unterjährige Hebesatzerhöhung darf einschließlich vorgelagerter Beteiligungs- u. Aufstellungsverfahren nur bis zum 30.06. eines Jahres beschlossen werden.

Folie 5

Daher stellt auch die GPA in ihrem letzten Prüfungsbericht folgendes fest:

Auflösung des Sockels

- GPA-Prüfbericht 2022/23:
- „Eine bilanzielle Überschuldung ist noch nicht zu erwarten, dennoch sollte eine Ausgleichsrücklage in gewisser Höhe vorgehalten werden.
Die Ausgleichsrücklage ist ein wichtiger Faktor bei der Risikovorsorge.“

5

Finanzreferat

2024

Stiegen-Völkgenstein

2. Der globale Minderaufwand macht nur Sinn, wenn er durch entsprechende Einsparungen im Laufe des HH-Jahres auch erreicht werden kann. Das dürfte 2024 aber recht schwierig werden, weil im Vergleich zum HH-Entwurf ja bereits ein weiteres Sparpaket von 5 Mio. € geschnürt wurde und der Kreis-HH zu 70 % aus Sozialleistungen besteht, deren Umfang gesetzlich festgelegt ist.

Oder glauben Sie, dass sich bspw. der LVB statt der auf 100 Mio. € festgesetzten LU mit nur 99 Mio. € zufrieden geben würde, weil wir einen globalen Minderaufwand veranschlagt haben?

Weil das nicht gelingen kann, müssten dann in den verbleibenden 30 % des restlichen Kreis-HH rd. 3,3 %

zusätzlich eingespart werden.

Andernfalls ergäbe sich im Jahresabschluss gerade in einer riskanten Kombination mit der Auflösung des Sockelbetrags ein Jahresfehlbetrag mit haushaltsrechtlichen Konsequenzen.

Wie diese Konsequenzen dann aussehen werden, bleibt dem 3. NKFVG NRW vorbehalten, das sich zzt. im parlamentarischen Verfahren befindet.

Dieses 3. NKFVG NRW behebt zwar nicht die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen HH, soll aber durch Lockerung verschiedener Stellschrauben die Genehmigungsfähigkeit von zukünftigen HH erleichtern. Dafür werden dann die hehren Eckpfeiler des NKF wie EK-Erhalt, Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit u. periodengerechte Finanzierung des Ressourcenverbrauchs unterminiert und verstärkt Lasten der Gegenwart in die Zukunft verschoben.

Der globale Minderaufwand wurde sowohl in der 7. NKF-Handreichung des MHKBG NRW als auch vom IDW kritisch begleitet.

Folie 6

Ansatz von globalem Minderaufwand

- 7. NKF-Handreichung (MHKBG NRW 10/2016):
- „Die allgemeinen Planungs-Grundsätze wie z.B. GS der sachlichen Bindung sowie der Haushaltswahrheit u. -klarheit lassen die Veranschlagung eines globalen Minderaufwands nicht zu“
- Die Erfordernisse der Haushaltswirtschaft bedingen bereits bei der Veranschlagung eine differenzierte Zuordnung des Budgets“

6

Finanzwirtschaftsreferat

09/12/2024

 Siegen Wittgenstein

Folie 7

Ansatz von globalem Minderaufwand

- IDW-Schreiben v. 03.08.2018 an das MHKBG NRW:
- „Wesentlicher Zweck...bei öffentlichen Haushalten ist die Messung der Generationengerechtigkeit“
- Die Erfassung eines globalen Minderaufwands ist nicht zweckgerecht“
- „Der Haushalt muss nach § 75 II GO NRW nicht nur in der Planung, sondern auch in der Rechnung ausgeglichen sein“

7

Finanzwirtschaftsreferat

09/12/2024

 Siegen Wittgenstein

Folie 8

Auch der LKT NRW plädiert dafür, die Veranschlagung eines globalen Minderaufwands bei Umlageverbänden nicht anzuwenden.

Ansatz von globalem Minderaufwand

- Rd-Schreiben LKT 826/2023 v. 11.12.2023:
- „Darüber hinaus wird weiterhin für geboten erachtet, dass die bislang im Gesetzentwurf vorgesehene Regelung zum globalen Minderaufwand bei Umlageverbänden keine Anwendung findet“

8

Finanz- und Wirtschaftsprüfung

13.12.2023

 Siegen Wittgenstein

Meine sehr geehrten Damen u. Herren,

diese fiskalisch fachliche Betrachtung müssen Sie nun mit Ihrer politischen Bewertung zur Entscheidungsfindung sorgfältig abwägen. Dabei gilt es nicht nur an das neue HH-Jahr, sondern auch an die Folgejahre zu denken.

Finanz- u. bilanzpolitische Tricks können die finanzwirtschaftliche Realität zwar temporär beschönigen, aber leider nicht nachhaltig finanzieren.

Bei dieser Abwägung wünsche ich dem KT ein glückliches Händchen.

Vielen Dank

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Hinter Politik und Verwaltung liegen herausfordernde Wochen und Monate. Vor allem der Cyberangriff im Oktober/November hat die Verwaltung vor neue Herausforderungen gestellt, Arbeitsprozesse verändert um nicht zu sagen erschwert.

Vor diesem Hintergrund möchte ich im Namen der SPD-Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung ein großes Dankeschön aussprechen. Danke, dass sie auch in dieser schwierigen Zeit ihren bestmöglichen Job gemacht haben, um für die Bürgerinnen und Bürger weiter verfügbar zu bleiben. Und es ist auch schön zu sehen, dass es hier Fortschritte gibt und erste Angebote wieder zur Verfügung stehen.

Nun dürfen wir heute mit zwei monatiger Verspätung über den Haushalt beraten und beschließen. Vor zwei Monaten meldeten sechs Fraktionen noch Beratungsbedarf an. Die Zahlen waren dieses Jahr offenbar sehr überfordernd, obwohl sich das Prozedere jährlich wiederholt. Und ich verstehe, dass man beim Blick auf die nackten Zahlen nach Möglichkeiten sucht, diese „erträglicher“ zu gestalten. Bereits vergangenes Jahr habe ich drauf verwiesen, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen, auch den Sockelbetrag der Ausgleichsrücklage anzufassen. Für die SPD ist dieser Zeitpunkt zumindest in so weit jetzt gekommen, von 5 Millionen auf 5 Prozent abzusenken, um den Kommunen in dieser Zeit eine gewisse Entlastung zu gewährleisten.

Entlastung ist auch das Stichwort beim nächsten Punkt. Der globale Minderaufwand ist ebenfalls eine solche. Sicherlich keine, die ein Kämmerer gerne anwendet, aber wir sehen es auch im Kreisgebiet, dass dies ein Instrument ist, was wohl in den Kommunalparlamenten häufiger zu diskutieren sein wird. Mit der Isolierung der Inflationsausgleichsprämie oben drauf haben wir somit einen Vorschlag erarbeitet, der den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage auf 36,7 festsetzt.

Das politische Jahr 2023 war geprägt von zwei Begriffen: Freiwillige Leistungen. Ich glaube keine Begrifflichkeit habe ich 2023 häufiger in diesem Gremium gehört. Immer mit dem Zusatz verbunden, der Kreis habe viel zu hohe Ausgaben bei den freiwilligen Leistungen. In vielen Runden zwischen den Fraktionsvorsitzenden wurde über die Liste der Freiwilligen Leistungen gesprochen, immer ohne nennenswerte Ergebnisse, ja eigentlich ohne nennenswerte Vorschläge, wo und in welchen Bereichen gespart werden soll. Ich nehme hier mal eine Äußerung des Kollegen Ulli Georgi auf, der immer wieder betont, dass viele dieser Leistungen gar nicht freiwillig sind.

Wo stattdessen gespart werden soll, haben wir im Dezember gesehen. Die Wohlfahrtsverbände schlagen seit Monaten Alarm und anstatt sie anzuhören, bekommen sie von Teilen dieses Gremiums noch die rote Karte gezeigt, wie beim Psychosozialen Zentrum. Profilierung auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Profilierung auf Kosten derer, die aufgrund furchtbarer Erfahrungen genau auf ein solches Angebot angewiesen sind. Wer dem Sozialstaat und den Sozialausgaben an den Kragen geht, der riskiert den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Sagen Sie doch einfach mal offen und ehrlich, dass Ihnen gewisse soziale Leistungen, die für viele Menschen existenzsichernd sind, egal sind. Sie wollen sich aufspielen, auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Und ich bemühe mich jetzt hier an der Stelle eines Zitates, welches auch vor kurzem in der Siegener Zeitung zu lesen war: „Wenn es der CDU (hier kann man auch andere Fraktionen noch ergänzen) nur darum geht, dem Landrat eins

auszuwischen, ist das schäbig.“ Danke Herr Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Sie teilen damit einen Eindruck, der auch bei mir in den vergangenen Monaten hängen geblieben ist.

Denn von Sparwillen kann ja gar keine Rede sein bei den Fraktionen, die genau dies aber immer einfordern. Bestes Beispiel ist das Wisent-Projekt und natürlich komme ich auch in der Rede nicht drumrum, auch das noch mal anzusprechen. Kein Thema hat uns so beschäftigt in 2023, wie dieses. Doch waren die unzähligen Runden am Runden Tisch genauso ergebnisreich, wie die Sparvorschläge bei den Freiwilligen Leistungen. Außer eines netten Empfehlungspapiers kam nicht viel rum.

Mit den wirklich wichtigen Fragen hat sich der Runde Tisch nie beschäftigt: Wer macht es und wer bezahlt es? Stattdessen wurde sich im Kleinklein verrannt, soll der dritte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht hat. Nun stehen wir im Frühjahr 2024 immer noch vor den gleichen Fragen wie im Dezember 2022. Mit dem Unterschied, dass ein paar tausend Euro für einen ergebnislosen Runden Tisch ausgegeben wurde. Viel schlimmer noch, sollte der im Dezember wieder eingesetzt werden, um buchstäblich weiteres Geld aus dem Fenster zu werfen. Das konnte glücklicherweise verhindert werden. Wir appellieren daher weiter: Lasst uns das Projekt jetzt einem geordneten Ende entgegenführen. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Beenden sollten wir auch die Debatte um einen möglichen Nationalpark. Die vergangenen Wochen und Monate haben hierzu doch eines gezeigt. Die Positionen hierzu liegen teils soweit auseinander, dass ein regionaler Schulterchluss, der notwendig ist, nicht erreichbar ist. Und ich habe mal eine Frage an die CDU-Fraktion, die müssen sie auch nicht beantworten. Sie haben die Berichterstattung zu dem Thema ja auch wahrgenommen, auch von Organisationen und Verbänden, die der CDU grundsätzlich etwas näher stehen. Hätten sie dieses Schauspiel auch inszeniert, mit Fachtag und Entscheidung vertagen auf den Sankt-Nimmerleinstag, wenn der Landrat vorgeschlagen hätte, in einen Bewerbungsprozess einzusteigen? Genau zu diesem Thema kam das eben von mir verwendete Zitat, aber es fasst die vergangenen Monate in diesem Gremium perfekt zusammen.

Verzweifelt wird versucht, sich an jeden Strohhalm zu klammern, um irgendwie Stimmung zu machen gegen den Landrat und auch die SPD-Fraktion. In vielen Gesprächen die ich führe sind alle sehr zufrieden mit der Arbeit des Landrats. Dass diese gute Arbeit für andere Fraktionen und Parteien frustrierend ist, kann ich verstehen. Das sollte jedoch nicht dazu führen, dass sie, liebe Haushaltskoalitionäre, so nenne ich sie jetzt einfach mal, jegliche zielgerichtete Politik zum Wohle unseres Kreises über Bord werfen.

Doch mit ihrem vorliegenden Antrag zum Haushalt haben sie genau das getan. Ich habe mit vielem gerechnet, doch was hier heute von Ihnen vorgeschlagen wird, dazu bediene ich mich mal der aktuellen Jugendsprache: Bodenlos!! Ich habe von einigen nichts besseres erwartet, denen geht es ja nur um populistische Stimmungsmache, die man sonst nur von der AfD kennt. Aber das Sie und Ihr, liebe Grünen, diesen Antrag mitunterzeichnet, ist für mich Verrat an der eigenen Parteimoral. Wegfall von Kinderbetreuung, Kürzungen von Sozialleistungen in einer Zeit, wo es um jeden Euro ankommt. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Antrag in ihrer Fraktion Herr Schmidt-Kalteich sicherlich nicht einstimmig akzeptiert wurde und ich appelliere an das sozial-ökologische Herz der Grünen: Zeigen Sie Rückgrat und machen Sie sich nicht zum Steigbügelhalter eines gefrusteten konservativen Bündnisses. Und das Sie, Herr Droege, als jahrelanger Verwaltungsmann ein solches Theater befeuern und vermutlich maßgeblich geleitet haben, ist mir ein absolutes Rätsel. Wie hätten Sie als Bürgermeister

reagiert, wenn Ihnen eine politische Mehrheit ein solches Konstrukt vor die Nase setzt, verbunden mit dem Zusatz: Liebe Verwaltung, hier unsere Vorschläge. Ihr habt 24 Stunden Zeit, rechnet doch mal. Das kann doch beim besten Willen nicht ihr ernst sein. Es geht Ihnen allen mit diesem Antrag nicht um Inhalte oder Ähnliches oder gar die Zukunft des Kreises, es geht lediglich um die Ausübung ihrer Machtposition und das sollten die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Siegen-Wittgenstein auch wissen. Politische Beschlüsse nur der Macht wegen durchzudrücken ist immer der falsche Weg und das werden Sie früher oder später auch erkennen.

Vielleicht, und damit möchte ich auch schließen, sollte man stattdessen wieder sinnvolle und zielgerichtete Sachpolitik in den Fokus rücken. Denn was die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Siegen-Wittgenstein wirklich interessiert ist, ob mein Kind ein Kitaplatz hat, ob ich mir diesen leisten kann. Ob unsere Straßen in gutem Zustand sind, ob unsere medizinische und pflegerische Versorgung gesichert ist, ob ich mir meine Wohnung auch übermorgen noch leisten kann und ob mein Bus oder mein Zug kommt. Diesen Fragen und Themen sollten wir uns wieder widmen, immerhin sind wir genau für diese Interessen der Bürgerinnen und Bürger gewählte Kreistagsmitglieder.

Lassen Sie uns auf diesen Kurs zurückkehren, die SPD-Fraktion jedenfalls ist bereit dazu.

Vielen Dank und Glück auf!

Hermann-Josef Droege
CDU-Kreistagsfraktion

Rede zum Kreishaushalt 2024 am 09.02.2024

(es gilt das gesprochene Wort)

Anrede

Wir erleben besondere Zeiten, für viele Menschen besonders harte Zeiten – in Israel, in der Ukraine, weltweit. Aber auch bei uns in Europa und in Deutschland leben Menschen nicht auf der Sonnenseite – ihnen muss unsere Zuwendung und Fürsorge gelten. Andererseits: wie viele Zeitgenossen jammern auf hohem Niveau und fordern staatliche Leistungen von der Gemeinschaft, die am Rande der Überforderung steht.

Selbstbeschränkung, Selbst- und Mitverantwortung, Neujustierung von Prioritäten einfordern ist das Gebot der Stunde – auch in der Frage unserer Verantwortung für den Kreishaushalt.

Ich erspare mir heute die traditionelle Klage über Bund und Land wegen der unzureichenden kommunalen Finanzausstattung und die immer neuen Leistungsgesetze ohne Gegenfinanzierung – das gehört zwar zum Ritual, hilft aber erwiesenermaßen nicht wirklich.

Vielmehr will ich mich konzentrieren auf uns selbst und unsere Möglichkeiten, als Kreistag, als Kreisverwaltung, in der Haushaltswirtschaft umzusteuern.

Was heißt das konkret? Konkret heißt das zunächst: auf welcher Haushaltsgrundlage bewegen wir uns eigentlich? Was ist das relevante Zahlenwerk? Ja, wenn man das nur wüsste...

Erinnern wir uns: Rechtzeitig zur zweiten Jahreshälfte wurde mit Unterschrift des Landrates und des Kämmerers

ein Zahlenwerk an die Städte und Gemeinden zur Stellungnahme verschickt – ein Zahlenwerk, genannt Haushaltsentwurf, das kurze Zeit später nicht mehr das bedruckte Papier wert war.

Sie, Herr Landrat, haben sich kurze Zeit später von ihrem eigenen Haushalt verabschiedet, ihn selbst infrage gestellt, indem Sie sog. Sparvorschläge im Volumen von 15 Mio. € aus dem Ärmel gezaubert haben.

Die Kommunen haben sich allerdings in dieser Zeit bei der Erarbeitung ihrer Stellungnahme mit den nicht mehr aktuellen Zahlen auseinander gesetzt – sie mussten sich eigentlich „veräppelt“ fühlen. Das gleiche gilt für die Fachausschüsse des Kreistags. Sie haben auf der überholten Haushaltsgrundlage teils stundenlang diskutiert.

Um es noch deutlicher zu sagen: Herr Landrat, bis heute haben Sie dem Kreistag keine Vorlage, keinen Beschlussvorschlag vorgelegt, der Ihre 15 Mio €-Sparvorschläge konkret umsetzen würde.

War also alles eine Luftnummer? Ein Gag für die Öffentlichkeit? Ein Versuchsballon? Eigentlich nicht wirklich ernst gemeint?

Ein Haushaltsbeschluss am 15.12.2023 war schon deshalb weder sachlich möglich noch politisch vertretbar. Wie dem auch sei...

Die heute im gemeinsamen Antrag verbundenen Fraktionen haben sich ernsthafter, solider und glaubwürdiger mit den Herausforderungen des Haushalts auseinandergesetzt. Dazu exemplarisch (kurze Redezeit!) einige Eckpunkte:

- Es geht um echte Einsparungen
- um die Veränderung von Strukturen
- um die Begrenzung permanenter Stellenmehrungen und der entsprechenden Personalkosten
- um den Abbau von Doppelstrukturen auf der Kreisebene einerseits und bei den Städten und Gemeinden andererseits

- es geht um kritisches, effektives Controlling im Sozial- und Jugendhilfebereich, um die ungebremste Kostenexplosion wirksam kritisch zu hinterfragen – eine Aufgabe, die die Verwaltung angesichts der Entwicklung bisher offensichtlich nicht systematisch angepackt hat – trotz jahrelanger politischer Forderungen.
- Es geht also eigentlich auch um eine grundsätzliche ordnungspolitische Neujustierung in der Frage, welche freiwilligen Leistungen wollen wir als Kreis mit wieviel Geld der Städte und Gemeinden über die Kreisumlage finanzieren lassen? Und kann es richtig sein, dass nahezu für alle entsprechenden Fragen und Forderungen nach Zuschüssen die Kreiskasse meistens die einzig zuständige Schatulle ist, die sich auf Wunsch regelmäßig öffnet? Faktisch immer zu Lasten der Städte und Gemeinden...

Über diesen Haushalt für 2024 hinaus stehen aus unserer Sicht weitere Fragen an, die nicht in einem Rundumschlag zu lösen sind, Fragen, die wir allerdings in den nächsten Monaten intensiv diskutieren wollen, etwa Effizienzfragen in der Wirtschaftsförderung, in der kreisseitigen Kulturarbeit hinsichtlich der Zuständigkeiten zwischen Kreis und Kommunen oder auch die bisherigen Tourismusaktivitäten, die wir mehr als skeptisch betrachten – von der ungesicherten Finanzlage unserer Philharmonie ganz zu schweigen, die insoweit im Haushalt schlicht nicht vorkommt.

Ganz einfach: wir müssen uns wieder ehrlich machen, Möglichkeiten und Grenzen wieder in Übereinstimmung bringen. Denn dann können wir uns umso besser gegen bürgermeisterliche Vorwürfe zur Wehr setzen, an allen gemeindlichen Steuererhöhungen sei die Steigerung der Kreisumlage schuld, sprich: hausgemachte Probleme aus einem über-die-Verhältnisse-leben gäbe es eigentlich nicht.

(s. Beispiel Wilnsdorf / Haushalt 2023

Steuererhöhungen mit der Begründung Kreisumlage, die tatsächlich gesenkt wurde)

Wir, die kooperierenden Fraktionen, sind überzeugt, mit aller Entschiedenheit für „Maß und Mitte“ bei der Haushaltsgestaltung beizutragen.

Wir bitten daher um Zustimmung zu unseren Beschlussvorschlägen, die die Sparvorschläge der Verwaltung einschließen. Trotz einiger Bedenken tragen wir die 1 %ige

globale Minderausgabe mit, die der Landrat über die Presse vorgeschlagen hat. Damit bieten wir ihm die Möglichkeit, bis zum Ende des Jahres den ernsthaften eigenen Sparwillen unter Beweis zu stellen.

Namens der CDU-Fraktion danke ich insbesondere unserem hervorragenden Kämmerer mit seinen Kollegen für die kontinuierlich hochkompetente Arbeit und die neutrale, sachliche Kooperation mit allen Fraktionen.

Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die engagiert für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger da sind. Sie alle stehen - das gehört zur Wahrheit dazu – vor erheblichen Herausforderungen, bei deren Gestaltung die Verwaltungsführung gefordert ist.

Zuletzt noch ein Wort an den Kollegen Maletz:

Ich fordere Sie heute und an dieser Stelle ausdrücklich auf, den polemischen Vorwurf zu unterlassen, wir hätten in der Vergangenheit dem Landrat vorgeworfen, „das Zahlenwerk manipuliert“ zu haben. Auf ihre „scharfe Zurückweisung des Vorwurfs“ sollten sie ebenfalls verzichten, denn weder ich als Fraktionsvorsitzender noch ein Mitglied der CDU-Fraktion hat diesen Vorwurf erhoben. So lautete lediglich eine Schlagzeile einer Tageszeitung.

Und nun bitte ich mit Dank für eine ausgesprochen kollegiale Zusammenarbeit zwischen den sechs Fraktionen namens der CDU-Fraktion den Kreistag um Zustimmung für unsere gemeinsamen Beschlussvorschläge und damit für die notwendige „Zeitenwende“ im Kreishaushalt 2024.

Redemanuskript, visueller Satz



Haushaltsrede Ulrich Schmidt-Kalteich zum Haushalt SiWi - es gilt
das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat Müller,
sehr geehrtes Kollegium des Kreistages,
sehr geehrte Mitmenschen,

Bereits im vergangenen Jahr habe ich meine Rede mit dem
Überfall auf die Ukraine begonnen. Heute muß ich einen weiteren
Krieg notieren, der für uns im Kreis Siegen-Wittgenstein auch
besondere Bedeutung hat.

Das Massaker, das die Terrorgruppe Hamas am 07. Oktober
letzten Jahres unter anderem an den Besuchern eines Musik-
Festivals in Israel anrichtete, war barbarisch, grausam und
menschenverachtend.

Die Reaktion Israels zur Verteidigung ihres Staates war und ist
berechtigt, machtvoll und im Ausmaß furchterregend und
unverhältnismäßig.



Beide Konflikte haben unmittelbar Auswirkungen auf unsere lokale Gemeinschaft: Vor dem Krieg in der Ukraine flüchteten viele Menschen immer noch auch in unseren Kreis und suchen bei uns Sicherheit und Schutz.

Der nach Israel getragene und in Gaza tobende Krieg betrifft uns nicht nur wegen der besonderen Verbindung zu Israel, sondern trifft auch unsere Freunde in Emek Hefer, mit denen wir bangen und um die wir Angst haben.

Beide Konflikte stellen uns im Kreis Siegen- Wittgenstein vor ganz eigene Probleme und erfordern individuelle Lösungen und womöglich kostspielige Maßnahmen vor Ort.

Insbesondere aber benötigen alle in den Kriegsgebieten betroffenen Menschen unsere Solidarität, Hilfe zum Überleben und Unterstützung, nicht zuletzt bei der aufrichtigen Suche nach einem gerechten Frieden.

Was wir hier überhaupt nicht gebrauchen können ist, auf dem Rücken von Flüchtlingen- egal welcher Herkunft- Hass und Hetze auszubreiten. Sätze wie „Die gehören sowieso alle abgeschoben und bekommen unsere Hilfe nicht“, sind so vor gar nicht allzu langer Zeit in diesem Kreistag gefallen. Solche Aussagen sind



nicht nur zutiefst undemokratisch und empathielos. Sie wurzeln in dunkler deutscher Vergangenheit.

Schulbegleitungen spielen eine entscheidende Rolle für die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen und gute Schule an sich.

Sie unterstützen Kinder und Jugendliche dabei, am regulären Schulalltag teilzunehmen, sich in die Klassengemeinschaft zu integrieren und ihre individuellen Fähigkeiten zu entfalten.

Schulbegleitungen tragen dazu bei, dass Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen die notwendige Unterstützung erhalten, um erfolgreich am schulischen Leben teilzuhaben. Sie fördern die soziale Teilhabe und tragen zur Chancengleichheit im Bildungssystem bei, was eine enorme gesellschaftliche Relevanz hat.

Daher sind Schulbegleitungen von großer Bedeutung für die erfolgreiche Umsetzung von Inklusion in der Schule, da sie Teil der so erforderlichen multiprofessionellen Teams sind, die generell für guten Unterricht und gute Schule notwendig sind.



Der Kreis Siegen- Wittgenstein will nun aber per Federstrich die Individualbetreuung zu Gunsten einer Pool- Betreuung einführen und eine generelle Größe von wenigen Wochenstunden Schulbegleitung pro Einzelfall verordnen.

Eine solcher Aktionismus trägt nicht dazu bei, das Vertrauen von Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften in unser Schulsystem zu stärken, da so entscheidende Vorteile der bisher gewährten Individualbetreuung abrupt entfallen.

Eine Poollösung von Schulbegleitungen in Schulen kann Sinn machen, sofern sie umsichtig und suksezzive, in Aushandlung mit allen Beteiligten Wohlfahrtsverbänden, Eltern und Schulleitungen installiert wird. Andernfalls geht es einmal mehr zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft.

Wir hoffen hier auf eine baldige, fachlich fundierte Prüfung, deren Ergebnisse auch außerhalb eines einzelnen Erfahrungshorizontes auch Relevanz haben können.

Sowieso scheint die eigene Überzeugung der Verwaltungsspitze häufig als einziger Maßstab für Verwaltungshandeln herhalten zu müssen, so unser Eindruck aus dem vergangenen Jahr 2023.



Der **Verwaltung nicht genehme Vorlagen** aus dem politischen Raum werden gerne durch Ergänzungen sinnenfernt und so unkenntlich gemacht, daß es dann häufig zur gewünschten Ablehnung durch den Ausschuss kommt. Der geneigte Beobachter konnte dies sehr eindrücklich an dem durch uns eingebrachten Vorschlag zur Bewertung von sozialen Leistungen sehen: Anstatt dankbar die Anregung nach einem sinnvollen und gerade von den Haushältern geforderten Bewertungs-Verfahren aufzugreifen und als Chance zu verstehen, wurde lieber behauptet, das dies ja alles subjektiv sei und es kein objektives Bewertungsverfahren geben könne.

Unseres Erachtens zeigt dies zweierlei:

1. man hat den Antrag nicht verstanden, und
2. das Amt möchte weder die Ergebnisse noch seine Arbeit bewerten lassen.

„Der Kreistag spricht sich (...) für die **Fortführung des Artenschutzprojektes** aus“.

Sie kennen das verkürzte Zitat aus dem Kreistagsbeschluss vom 22.09.23? Und das zu Grunde liegende Thema sicherlich auch.

Spätestens als der Landrat und sein Dezernent den noch gültigen Dringlichkeitsbeschluss zu den Wisenten den Fraktionsspitzen aufdrängte, konnte man an dem Willen zu ernsthaften Umsetzung des Kreistagsbeschlusses zweifeln.

Diese Zweifel hat meine Fraktion auch heute noch, mehr denn je, da nach unserer Überzeugung die Kreistags- Beschlüsse zu DS 309/2023 und DS 310/2023 schon alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen hatten, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen.

Mit der Umsetzung des vorliegenden Dringlichkeitsbeschluss ist jetzt behördliches Handeln sanktioniert und wird bis auf weiteres nicht mehr durch den Kreistag begründet. Salopp gesagt: Der Kreistag ist raus.

Und nach meiner persönlichen Meinung ist mit diesem Beschluss ganz bewusst seitens der Verwaltung das Ende des Projektes eingeläutet worden, da in seinem Schutz jederzeit unumkehrbare Tatsachen geschaffen werden können.

Ein auch noch nicht gelöster Dauerbrenner, zu dem Dezernent und Landrat, für jeden erkennbar, „keinen Bock haben“, ist den **2. Nationalpark NRW** in den Kreis Siegen-Wittgenstein zu holen.



Die Ablehnung war so offensichtlich, daß man die vom Kreistag beschlossene „Findungsphase“ erst gar nicht angehen wollte, eine ungeeignete und Verlustängste schürende Informationslage eröffnete und im Übrigen gar nicht daran dachte vielleicht doch geeignete Gebietsszenarien zu entwickeln, zu erklären und zur Diskussion zu stellen.

Vielmehr wurde im Hau-Ruck-Verfahren schnell einige Stellungnahmen eingeholt und auf Basis dieser sollte der Kreistag schon Mitte Dezember, also gute drei Monate vor der offiziellen Frist zum Ende der Findungsphase -entgegen dem Kreistagsbeschluss aus dem September 2023- die ungeliebte Idee zu Grabe tragen.

Herr Landrat Müller und Herr Dezernent Wied (in Abwesenheit?), sie müssen jetzt ganz stark sein: Am vergangenen Dienstag wurde seitens der Landesregierung die bisherige Frist, die das Ende der Findungsphase markieren sollte, gekippt.

Wenn Ihre bisherigen Aussagen, das Sie ja im Grunde gar nicht gegen einen 2. Nationalpark im Kreis seien, aber das man ja so schrecklich wenig Zeit habe, nicht nur Lippenbekenntnisse waren, müßten Sie eigentlich einem Antrag applaudieren, der die



geplante Entscheidung am 15.03.2024 über einen Nationalpark noch einmal aufschiebt.

Der Appell gilt natürlich auch allen anderen Unentschlossenen: Lassen Sie uns die Zeit nutzen um verantwortungsvoll haltbare Argumente des Für und Wider zu finden und in einen offenen, ehrlichen und respektvollen Diskurs ohne konspirative Treffen und Klüngerleien gehen.

Wenn meine Fraktion sich etwas wünschen dürfte, dann wäre das die Bitte an die Verwaltungsspitze mehr Demut vor den komplexen Fragen zu zeigen, und mit Respekt anzuerkennen, das man selbst selten die Weisheit mit Löffeln gefressen hat.

Kooperieren und informieren Sie mehr frühzeitig und umfassend, vor allen Dingen unvoreingenommen und mindestens ausreichend.

Die **Aufstellung des Kreishaushaltes** für 2024 hatte und hat es in sich:

Von Bund und in der Folge auch vom Land mit immer mehr Pflicht- Aufgaben auf der einen und Zuschusskürzungen auf der anderen Seite in die Zange genommen, die eigenen Ansprüche



manchmal ohne Not höher schraubend, liefen die Rechenschieber der Kämmerer in den Kommunen und des Kreises regelrecht heiß.

Die Kritik der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen am Kreiskämmerer war noch schärfer als sonst, Polemik war noch häufiger anzutreffen als zuvor.

Der Kreis habe viel zu viel freiwillige Leistungen, kalkuliere seine Budgets zu üppig und sitze im Übrigen auf einer ganzen Menge Ersparnissen. Und das alles aus Mitteln der Städte und Gemeinden im Kreis Siegen-Wittgenstein.

Die Ergebnisverbesserungen sind, anders wie gerne dargestellt, natürlich nicht geplant und werden zur Finanzierung der Folgehaushalte eingesetzt.

Darüberhinaus wiegen die Ergebnisverbesserungen der kreisangehörigen Kommunen 4x schwerer. Natürlich auch nicht geplant.

Tatsächlich belief sich das Volumen der freiwilligen Leistungen in 2023 auf etwas über 18,7 Mio. Euro. Das sind ca. 3,5% vom Gesamthaushalt.



Aus diesen freiwilligen 3,5% haben wir in einem interfraktionellem Bündnis tatsächlich 2 Mio. Euro Sparpotential identifiziert. Das sind über 10% !

Darüberhinaus haben wir erreicht, den in der Vergangenheit wie selbstverständlich erachteten Personalzuwachs zu limitieren und fordern die in der Verwaltung Verantwortlichen ausdrücklich auf, effizientere und schlankere Abläufe zu schaffen.

Dies gilt unseres Erachtens auch für das Jugendamt, das zu den teuersten im Land gehört, obwohl wir im Kreis keinen deutlich sozialen Brennpunkt haben und im Vergleich mit anderen, ebenso ländlich geprägten Kreisen, sehr stabil unterwegs sind.

In den angestoßenen strukturellen Veränderungen nehmen wir aber auch die kreisangehörigen Kommunen in die Pflicht: Es wird Leistungsbereiche geben, deren Angebote jetzt und in den nächsten Jahren abgeschmolzen werden, sofern der Kreistag bei dem heute eingeschlagenen Weg bleibt.

Ob damit auch die Kreisumlagen stabil auf dem diesjährigen Niveau bleiben, kann ich natürlich nicht voraussehen. Dazu sind zu viele äußere Parameter entscheidend.



Eine Prognose wage ich aber trotzdem: Es wird in den nächsten Jahren für die kommunalen Haushalte nicht leichter werden.

Hier kann vielleicht endlich die viel beschworene kommunale Familie echten Familiensinn beweisen und kommunalgleiche Fragestellungen interkommunal angehen.

Ich denke da zum Beispiel an die seit Anfang 2024 verpflichtende Wärmeleitplanung in Verbindung mit den im Kreisgebiet pilzartig wachsenden Anlagen für erneuerbare Energien.

Unser Projekt GBEB werden wir in 2024 wieder aufs Tableau bringen.

Der Siegerlandflughafen, den muß ich zum Schluß noch erwähnen, scheint ja tatsächlich auf dem besten Weg zu sein, sich aus tiefroten Farbtönen in etwas zärtlich-rote Defizite zu bewegen.

Wenn es auf dem Gelände des Flughafens in 2024 dann noch gelänge, mit erwähnenswerten PV- Modulleistungen aufzuwarten, könnte ich mir sogar vorstellen von einer jährlichen Erwähnung der Sinnlosigkeit dieser Anlage Abstand zu nehmen.

Und vielleicht gelingt es mir in naher Zukunft zwei Siegen-Wittgensteiner Mysterien zu ergründen: Zunächst Identifizierung



des Kofferraum-Bibers und in der Folge dann die Sichtung der
15Mio-Wolke. Wer weiß....

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede

- 585 Mio. Aufwandsvolumen
- Knapp 20 Mio. Defizit
- 356 Mio. Transferaufwendungen
- Ca. 70% Sozialleistungen
- 92 Mio. Personalaufwendungen (plus 20 Mio. seit 2020)
- 20 Neue Stellen, v.a. im JA (69 in den letzten 5 Jahren)
- 37,77% KU (oder 36,7% => SPD)
- (Minus 0,63%)
- Jugendamtsumlage 26,46%

Jedes Jahr dasselbe Ritual:

- Benehmensherstellung
- Kleinere Veränderungen
- => Kompromiss
- Seit anderthalb Jahren steigt die Nervosität
- Kooperationen zerbrechen

Was wir aus Sicht der AFD nicht brauchen

- Über hundert freiwillige Leistungen

Klimawahn

- Klimaneutralität des Kreises bis 2035
- China bläst an einem Tag mehr CO₂ (34 Mio t) in die Luft als SiWi in 10 Jahren
- Energetische Sanierung des LYZ => Sole-Wasser-Wärmepumpe mit Eisspeicher als Wärmequelle als Hybridsystem zur bestehenden Wärmeversorgung
- Baukosten von 2,7 Mio und Planungskosten von 500 Tsd. (Förderkulisse)
- Ideologisierte Radwegeplanung
- E-Busse
- Ein neues Kreishaus (wurde eingesehen)

- **Ungeregelte Massenzuwanderung** in die kreisangehörigen Kommunen auch nicht, wenn sie auskömmlich finanziert würde. (→ Deuz, Hainchen, Siegen, Bad Laasphe, Wilnsdorf, kein Bürger freut sich über neue Container-Siedlungen.)

- HH-Satzung: „u.a. wegen der vermutlich weiter ansteigenden Zahl der anerkannten Flüchtlinge ist langfristig mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Transferaufwendungen zu rechnen. Die Aufwendungen für Flüchtlinge sind stark gestiegen.“

- KIZ / Casemanager: Vertriebsprofis für Sozialleistungen
- Ein Psychosoziales Zentrum (Ganz schwerer Lernprozess)

Was wir brauchen

- Investitionen in Kreisstraßen
- Schnelles Internet
- Mobile Netzabdeckung
- Route 57
- Politiker, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen
- Dann hätten wir auch endlich die Kosten im JA im Griff
- Politik für den Mittelstand und die arbeitende Bevölkerung
- **Runde Tische**
- **für Einsparungen**
- **Runden Tisch für Remigration (Abschieben schafft Wohnraum - klimaneutral)**
- **Rückführungsmanager => wie in der HRO („Sachbearbeiter für Remigration)**
- **Bezahlkarte für Flüchtlinge**

Politikwechsel

- Einen Politikwechsel – Politik für das eigene Volk
- Den gibt es nur mit der AfD (2024)

Unwohlsein?

Frau Fey! Herr Droege!

Bereiten Sie schonmal die nächste Demoserie vor!

Halluzinieren Sie aber keine 2. oder 3. Wannseekonferenz oder Massendeportationen herbei!

Sagen Sie Ihren Leuten doch, dass in Deutschland demnächst eine Partei regiert, die für die Interessen Ihrer Bürger streitet, statt für Migranten / Lobby-Interessen oder das Wetter in 30 Jahren.

Wir beginnen mit diesem Politikwechsel in diesem Jahr
2025 wird er SiWi erreichen.

**Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Damm,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wir sind heute hier zusammengekommen, um den noch ausstehenden Kreishaushalt für das bereits angelaufene Jahr 2024 zu verabschieden. Wieder einmal haben wir uns als Kreistag mehrheitlich ins neue Jahr vertagt, weil wir mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf der Verwaltung so nicht einverstanden waren.

Von einem planmäßigen Haushaltsvolumen von bald 600 Millionen € Ausgaben müssen wir fast 70% für soziale Leistungen aufwenden, während wir nur Nettoinvestitionen – nach Zuschüssen von Land und Bund – von 2% tätigen können.

Mangels eigener Steuereinnahmen sind wir insbesondere auf die Finanzkraft unserer kreisangehörigen Kommunen angewiesen. Die ächzen mittlerweile unter der Kreisumlage.

Lt. aktueller Presseberichte, z. B. in der Westfalenpost, droht in meiner Heimatstadt Netphen mittelfristig ein Grundsteuerhebesatz von um die 1.000 % - natürlich nicht nur wegen der Kreisumlage, aber eben auch deswegen. Solche Zahlen wären - insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Unruhe - der Bürgerschaft nicht mehr vernünftig vermittelbar.

Meine Damen und Herren, daher ist unserer Ansicht nach Sparen das Gebot der Stunde – und deswegen muss der Kreistag seine bisherige Politik zu immer noch mehr neuen freiwilligen Leistungen überdenken.

Dazu sind wir von der Fraktion Siegen-Wittgensteiner Mitte bereit. Wir übernehmen zusammen mit fünf anderen Fraktionen dieses Hauses Verantwortung, indem wir Ihnen heute zwei gemeinsame Anträge zum Haushalt und zum Stellenplan mit Einsparmöglichkeiten vorlegen, die noch weitergehender sind bzw. mit erheblich weniger neuen Stellen auskommen, als Ihre Vorschläge, Herr Landrat.

Wir bedanken uns bei unseren Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen, die die gemeinsamen Anträge mit erarbeitet haben, für die gute Zusammenarbeit. In dieser fraktionsübergreifenden Breite ist das ein Novum für dieses Haus, was der guten Sache bzw. unseren Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar dienen soll.

Lassen Sie mich noch einen kurzen Blick auf die Vergangenheit richten: Dass der von der Verwaltung geplante Erweiterungsbau des Kreishauses mittlerweile sang- und klanglos von der Tagesordnung verschwunden ist, ist auch der Beharrlichkeit unserer Fraktion zu verdanken:

Ich darf hier auf unsere wiederholten Forderungen und unseren mehrheitlich beschlossenen Antrag in der letzten Kreistagssitzung hinweisen „...das bisherige Vorhaben mit dem Ziel der Errichtung eines Neubaus zur Nutzung als Bürofläche zu beenden“. Die zukünftige Ersparnis von vielen Millionen Euro für die Steuerzahler ist erheblich.

Im Hinblick auf die bereits dafür eingesetzten und letztendlich vergeblichen Planungskosten bemühen wir gerne das alte Sprichwort: „Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“.

Aber wichtiger noch als die Vergangenheit ist die zukünftige Entwicklung der Kreisfinanzen, auch im Sinne der Generationengerechtigkeit:

Mittelfristig müssen unserer Ansicht nach deswegen auch die Bereiche Kultur und Tourismus in ihrer bisherigen Ausrichtung überprüft und völlig neu gedacht werden.

Geht die Haushaltsentwicklung insbesondere bei den Pflichtausgaben so weiter – und so sieht es trotz aller unserer Sparbemühungen leider aus, werden wir uns wohl zukünftig von einigen lieb gewordenen Institutionen – zumindest in der bisherigen Form – verabschieden müssen.

An dieser Stelle sei mir noch eine Bemerkung zum Thema Nationalpark erlaubt, weil einige glauben, dass damit der in unserer Region noch unterentwickelte Tourismus angekurbelt werden könnte:

Wir sind eine Industrieregion im Grünen und wir wollen eine Industrieregion im Grünen bleiben. Mit der Eifel oder auch dem niedersächsischen Wattenmeer, um es noch deutlicher zu machen, können und wollen wir uns nicht vergleichen.

Dort ist die wunderschöne geschützte Natur, aber sonst nicht viel.

Das sieht bei uns zum Glück noch erheblich anders aus.

Gegen die unserer Meinung nach berechtigten erheblichen Einwände von Industrie, Gewerbe und Handwerk sowie von Land- und Forstwirtschaft und insbesondere vor dem Hintergrund unserer unterentwickelten Verkehrsinfrastruktur (und hier meine ich nicht nur die dringend benötigte

Route 57) ließe sich ein Nationalpark in unserem Kreisgebiet nicht in breitem Konsens verwirklichen.

Daher ist und bleibt die Siegen-Wittgensteiner Mitte entschieden gegen die Bewerbung unseres Kreises zur Errichtung eines Nationalparks.

Zurück zum Kreishaushalt 2024: Wir bitten Sie um Zustimmung zu unseren beiden fraktionsübergreifenden Anträgen und hoffen auf weiterhin gute Kooperationen in diesem Kreistag zum Wohle des Kreises Siegen-Wittgenstein und seiner Bürgerschaft.

Vielen Dank an die Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit im letzten Jahr.

Siegen, 09. Februar 2024

Für die Fraktion Siegen-Wittgensteiner Mitte

Markus Böhmer

**Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags
sehr geehrte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Kreisverwaltung,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne**

Überschreiben möchte ich meinen Betrag mit den Worten: Wer nicht bereit oder in der Lage ist, die sogenannten „dicken Brocken“ so schnell wie möglich anzugehen, braucht sich um den Rest eigentlich keine Gedanken mehr zu machen!

Was meine ich damit?

Ich meine damit, dass die seit Jahren ständig steigenden Ausgaben im Sozial- und Jugendbereich so nicht mehr hingenommen werden können. Wir müssen da gegensteuern!

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist keine Formulierung von heute für die Beschlussfassung des Haushalts 2024, sondern eine inhaltsgleiche Wiederholung meines Einführungssatzes zum Haushalt 2023.

Und was hat sich geändert? Nichts Wahrnehmbares.

Die Kosten für die für die zuvor genannten Aufgabenbereiche nehmen weiterhin die Richtung nach oben. Wir müssen die traurige Wahrheit zur Kenntnis nehmen, dass der Kreis Siegen-Wittgenstein innerhalb des Landes NRW, gemessen an den Kosten im Jugend- und Sozialbereich

**-natürlich bei gleicher öffentlicher Aufgabenstellung-
pro Einwohner eine Spitzenposition einnimmt.**

Und das, wo wir doch (noch) keinesfalls eine strukturschwache Region sind.

Der Kreis Siegen- Wittgenstein braucht nicht nur eine starke gewerbliche und industrielle Wirtschaft, einen funktionierenden Einzelhandel, gute pädagogische Einrichtungen, gut aufgestellte Sozialverbände usw.

Wir brauchen zur Aufrechterhaltung unserer Handlungsfähigkeit neben den zuvor genannten externen Leistungserbringern insbesondere handlungsfähige Städte und Gemeinden sowie einen starken Kreis, der bei der Erbringung seiner öffentlichen Aufgabenstellung auch über einen finanziellen Gestaltungsspielraum verfügt. Soweit die Theorie und der Anspruch!

Und wie sieht die Realität aus? Die Kosten laufen immer weiter fort, wir kriegen unsere finanziellen Packenden langsam nicht mehr zusammengeführt. Nachdem die ca. 42 Millionen € Ausgleichsrücklage in den letzten ca. 20 Jahren immer wieder in maßvollem Rahmen eingesetzt und auf knapp über 50% zur Deckung unserer Haushalte geschrumpft ist, müssen wir nach dem Entwurf der Haushaltssatzung 2024 nunmehr mit knapp 20 Millionen € diese Rücklage bis auf den Mindestsockelbetrag von 5 Millionen Euro einsetzen um die Belastung von Städten und Gemeinden durch eine zu hohe Kreisumlage abzufedern.

Und der Landrat toppt dieses Horrorszenario indem er eine einfache Rechnung aufmacht:

Zusätzlich 5 Millionen globale Minderausgabe, 5 Millionen durch Einsparungen und 5 Millionen Rest-Sockel aus der Ausgleichsrücklage ist einfach zu rechnen=15 Millionen ergibt 36,35%!

Die Auflösung des Sockels ist nicht wirklich ein Zeichen von verantwortlichem Handeln

Die SPD möchte aus dem Sockel ein Söckelchen machen und schlägt vor, 2,65 Millionen im Söckelchen zu belassen.!

Konkrete Sparvorschläge? Fehlanzeige.

Meine Damen und Herren, Kreativität und kritische Hinterfragung der Aufgaben sieht anders aus!

Beide Vorschläge eint indes die Tatsache, dass wir für die Haushalte 2025 ff so gut wie nichts mehr zuzusetzen hätten. Beide Vorschläge sind 2025 verpufft und aufgebraucht.

Die Kreisumlage würde bei gleichen Rahmenbedingungen für die Folgejahre sicher auf deutlich über 40% steigen.

Wir halten das für unverantwortlich. Ich vergleiche dies mit der Handlungsweise, um es bildlich zu darzustellen, mit einer Wandergruppe die eine nicht auskömmliche Wochenration für eine Wanderung mit sich führt und bereits in den ersten drei Tagen alles verspeist, statt die täglichen Rationen zu reduzieren sowie darüber nachzudenken, wie man auf dem Weg vielleicht noch etwas Essbares findet und gleichsam sicher sein kann, am letzten Tag noch etwas zusetzen zu haben.

Und da bin ich wieder bei den von mir so genannten "dicken Brocken". Wenn wir verschiedene Umstände nicht durch unser Handeln beeinflussen können und keinen Einfluss auf Schlüsselzuweisungen des Landes, höhere Abgaben an den Landschaftsverband usw. haben, dann muss ich mir doch Gedanken machen. Wenn ich bei gründlichster Recherche keine Möglichkeiten zur Reduzierung meines eigenen Kostenapparates habe, dann habe ich natürlich, um es flapsig zu sagen, schlechte Karten!

Wenn ich aber in bestimmten Kostenbereichen feststelle, dass meine Nachbarn mit halbwegs vergleichbaren oder gar schlechteren Rahmenbedingungen günstiger fahren, dann sollte ich mir doch Gedanken machen. Dann sollte ich doch zumindest Überlegungen und Überprüfungen anstellen und meine Aufgaben kritisch auf ihre Notwendigkeit und Höhe hinterfragen.

Und genau das haben wir mit unserer Antragstellung zu einer Organisationsuntersuchung von Jugend- und Sozialbereich Ende 2017 beabsichtigt.

Mit dem Lupe-Gutachten im Jahr 2020 wurden zumindest Wege aufgezeigt, die man hätte einschlagen und untersuchen können und

- da sich bei einer anderen Kreisverwaltung, die sich bereits vor Jahren auf einen ähnlichen Weg eingelassen hat, der Erfolg bereits nach 1-2 Jahren abgezeichnet hat-**

auch umsetzen müssen!

Der Märkische Kreis hat zwischenzeitlich die rote Laterne abgegeben und bewegt sich heute im Mittelfeld der Kostenträger.

Die rote Laterne hat indes der Kreis Siegen Wittgenstein!

Erst 2021, mit dem Beschluss, 2 Planstellen für ein betriebswirtschaftliches Kostencontrolling, c kamen wir - theoretisch- der Lösung etwas näher.

Mit dem Dezernentenwechsel in diesem Bereich war die Hoffnung verbunden, dass „Neuer Wind“ die Lösung sein könnte. Die Einstellung von betriebswirtschaftlich geschulten Mitarbeitern unterblieb, man war verwaltungsseitig der Auffassung ein anderer Weg sei der Richtige!

Nun, weiter 2 Jahre später erkennen wir, dass auch dieser Weg erfolglos war: Die Kosten im Jugend- und Sozialbereich steigen weiter stetig an.

Uns ist durchaus bekannt, dass große Teile der Kostensteigerung ebenfalls fremdbestimmt sind. Aber nicht alle - und genau darum geht es!

Wichtige Zeit ist verstrichen! Es dauert alles viel zu lange!

Und genau deshalb haben wir unseren Antrag für die Controllerstellen, wie Sie es alle in unserem gemeinsamen Antrag

wiederfinden, konkretisiert und möchten diese Aufgaben auf unbestimmte Zeit dem Rechnungsprüfungsamt zuordnen.

In intensivem Austausch mit den anderen antragstellenden Fraktionen haben wir Ihnen die vorliegenden Sparvorschläge unterbreitet, von denen wir ausgehen, dass diese einen ersten spürbaren Beitrag zur Gesundung unseres Haushalts leisten werden.

Mit 9 Fraktionen im Kreistag sollte man nur auf die wesentlichen Punkte eingehen und nicht alles wiederholen.

Meine Vorredner aus der Gruppe der Antragsteller haben bereits einiges ausgeführt, weitere Erläuterungen werden von den nachfolgenden Rednern folgen.

Deshalb möchte ich zum Ende kommen, aber nicht ohne darauf hinzuweisen, dass allein der Umstand, dass 6 derart unterschiedliche Fraktionen zusammenarbeiten und unter Hintanstellung teilweise deutlich unterschiedlichster politischer Betrachtung im Interesse des Kreises Siegen-Wittgenstein einen derartigen Weg gehen, unseren gemeinsam empfundenen Handlungsdruck deutlich macht. Ohne einen kritischen Umgang mit den anfallenden Kosten wird es nicht gehen!

Zum Abschluss möchte ich mich im Namen der UWG-Kreistagsfraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit bedanken. Es war ein schlimmes Jahr von Krieg und Krisen und nicht zuletzt durch den Hackerangriff gezeichnet. Ihre Arbeitsbedingungen wurden nachhaltig beeinträchtigt und Sie haben zur Bewältigung dieser fremdbestimmten Krise Großes geleistet. Die Lassen Sie uns auf ein besseres Jahr 2024 hoffen und gemeinsam daran arbeiten!

Glückauf

Abschrift des Mitschnitts – Es gilt das gesprochene Wort

**Haushaltsrede Guido Müller, FDP-Fraktion
Sitzung des Kreistages vom 09.02.2024**

Sehr geehrter Herr Landrat,
werte Corona,

neun Reden müssen wir ertragen heute, jetzt die FDP, direkt an die AFD gesagt, ich durfte in Siegen als Burschenschaftler nicht demonstrieren, auf Einladung der SPD Bad Berleburg habe ich natürlich in Bad Berleburg demonstriert. Von daher waren die etwas weiser als die Antifa.

Aber letztendlich haben wir demonstriert gegen jegliche Art von Extremismus, und ich glaube, Demokratie braucht den Zusammenhalt. Und da sind wir genau bei dem Thema, wo wir eigentlich die letzten sechs Wochen gewesen sind. 6 Fraktionen, ich nenne Sie mal die 6 Richtigen, also der Lottogewinn, haben sich zusammengetan, unter allen Schwierigkeiten einen Weg zu finden, einen Haushalt aufzubauen, der funktioniert. Und da sind wir aus den unterschiedlichsten Richtungen gekommen; und die ersten 5 Stunden, die wir zusammensaßen - es gab keine Schnappatmung - haben wir alle kapiert: An dem Weg, den wir gerade sehen, das ist ein Scheideweg, müssen wir neue Wege gehen. Und es ist nicht falsch, etwas schärfer reinzugehen, denn ich denke die Parteien hier haben ein sehr faires Miteinander.

Und wer uns vorwirft, dass unser Antrag zu spät kommt: Unser Antrag stammt nicht von der Verwaltung, sondern wir mussten ihn selbst schreiben, und das ist vielleicht die Erklärung dafür, dass es ein bisschen länger dauert. Also, Ihr habt ja auch nur einen Tag vor uns eure Korrekturen abgegeben, also das Verständnis muss man entgegenbringen. Ich verstehe Uli: Ihr habt wenig Zeit in der Vorbereitung gehabt, und wir hoffen, vielleicht heute euch auch mitzunehmen und zu sagen, das, was wir vorhaben, zeigt, was wir alle vorhaben. Wir merken, dass wir an einem Weg angekommen sind, wo wir etwas über der Spur sind. Andreas, ich bin dir dankbar für deine Einbringungen „Haushalt 2013“. 43 % ursprünglich am 26. Oktober 2013 von Paul Breuer eingebracht, sogar mit 43 %, aber wir reden hier nicht von 548 Millionen, nicht von 480 Millionen, nicht von 400 Millionen, sondern am 26. Oktober von 306 Millionen. 10 Jahre. Das kann mir keine Inflation erklären: von 306 Millionen auf 548 Millionen hoch. Das man hier irgendwann mal an einem Punkt angekommen ist, so kann man zu Recht auf Bund und Land schimpfen, dass dort die Gelder nicht fließen. Aber das hilft uns hier vor Ort nicht. Die Bürgermeister meckern jedes Jahr, und die Bürgermeister machen ihre Hausaufgaben allerdings auch nicht. Natürlich müssen wir uns hinterfragen, machen wir alles richtig? Was klar sein muss, der Kreis

muss auch hart sein, in Zukunft zu sagen, wir können nicht alles machen, was die Kommunen haben wollen. Man muss auch mal sagen, ein Beispiel wird sicher sein, die Siegerner freuen sich auf 300 Tausend für Unterstützung für ihren Museumsbunker: Das ist in der Form in Zukunft nicht mehr möglich. Fertig. Es gibt einige Punkte hier bei dem Tourismus, Andreas, da gehen wir meilenweit auseinander. Der Tourismus schafft es nicht mit den Zahlen, die Leute mit Magnet in die Region zu ziehen. Es ist womöglich der falsche Ansatz, Touristen herzulocken, ich will Arbeitskräfte in der Region haben, und das ist auch der Schulterschluss zu den Grünen, zu sagen, für mich sind ein Nationalpark und Wisente zwei Faktoren, jungen Menschen diese Gegend attraktiv zu machen. Das mögen andere Fraktionen anders sehen, seht ihr, das geht auch bei uns weit auseinander. Aber muss mir jemand erklären, zu sagen, wie das hier zu gestalten ist? Muss ein Verband mir das erklären? Ich bin der Meinung, der richtige Weg ist, zu sagen, die Bürger in Siegen-Wittgenstein treffen die Entscheidung. Warum haben wir nicht den Mut zu sagen ... mit der Europawahl zu sagen, wir machen einen Bürgerentscheid. Die Menschen sollen vor Ort entscheiden: „Wollen wir einen Nationalpark oder nicht“. Müssen wir das hier in der kleinen Runde entscheiden, wo wir soweit auseinandergehen? Haben wir mehr Meinung, mehr Wissen, als die Leute da draußen? Hat die IHK mehr Wissen, haben die Jäger mehr Wissen oder der BUND mehr Wissen? Warum sollen die Leute nicht entscheiden, die mit der Situation leben müssen? Und ich glaube, junge Menschen kriegt man dadurch mehr gebunden. In der Presse stand schon drin ... letztendlich drin, die Einsparungen treffen den Tourismus, und das ist für mich auch eine enttäuschende Entwicklung. Die ehemalige Leiterin dieses Bereichs hat in zwei Ausschüssen hintereinander die gleiche Präsentation gehalten, in der Hoffnung, es fällt nicht auf. Also, wer uns für so doof hält und keine Fortschritte vorzeigt, da muss ich sagen: Ja, es ist gut, dass sie gegangen ist. Ob die Stelle wieder neu besetzt werden muss, muss jeder selbst entscheiden. Ein anderer Mitarbeiter schafft es in vier Jahren nicht meine geliebten Treckingplätze umzusetzen. Kann man machen oder nicht, Halten hat in der Zeit sechs Plätze geschaffen. Eine kleine Gemeinde mit 26.000 Einwohnern schafft 6 Plätze, der Kreis Siegen-Wittgenstein bis heute exakt 0. Eine junge Kollegin muss uns dann ein Nachhaltigkeitsziel erklären, und wir denken, eine wunderbare Idee, es geht um autofreies Urlauben. Nein, es geht um: Wieviel Klospülungen benutze ich, wieviel Softtücher verbrauche ich in der Küche der Tourismuszentrale? Dafür müssen die ihre Zeit verschwenden. Da muss ich auch sagen, dann ist der Tourismus, zu dem er gemacht worden ist, nicht mehr der richtige Weg. Und ich glaube, es ist der richtige Einstieg zu sagen, an diesem Punkt verändern wir uns. Warum machen wir das, wir kommen ja immer wieder an den Punkt, zu sagen, wo ist der Kreis besser als andere? Ich streite mich mit meinen Kollegen vor Ort auch.. Die Kreuztaler sagen, sie machen die bessere Kultur. Ich glaube Jens macht die bessere Kultur, aber Jens macht Kul-

Kreuztal macht Kultur und Bad Berleburg macht Kultur. Wenn alle an den gleichen Fäden ziehen, dann ist irgendwann auch mal das Wollknäul aufgebraucht, und es hat noch keiner einen Pulli gestrickt. Also in dem Fall - muss ich, glaube ich, sagen - müssen wir vom Kreishaus sagen, gewisse Themen sind nicht mehr unsere Themen. Und es war immer in unserer Diskussion, ich guck den André an, wie du gesagt hast: es ist doch traurig, was wir eigentlich alles aufgeben müssen von hier. Wir wollen doch mal bunte und schöne Projekte haben. Aber vielleicht ist es Aufgabe des Kreises in Zukunft zu sagen, Sozialpolitik, fairen Haushalt auszusetzen, das ist der richtige Weg, den wir gehen müssen.

Wenn ich auf Zukunftsthemen anspreche - für mich ist es das schwierigste Thema in diesem Jahr: die SIT. Da gucken wir zurzeit noch viel zu behelligt drüber hinweg. Und wenn man ganz ehrlich ist, viele Leute sagen, es ist vielleicht nicht mehr das richtige Unternehmen, um unsere IT sicher zu machen. Das können andere anders sehen. Ich kenne viele Leute, im IT-Bereich, die sagen, ich würde da nicht arbeiten. Klar, eine Behörde und ein digitaler Beruf sind oft auch Widersprüche. Ob wir wirklich in Zukunft daran festhalten, müssen andere entscheiden. Aber zurzeit, ich bin der Meinung, wir sollten dezentralisieren, die Aufgaben auf vielen Schultern tragen, dann hätten wir vielleicht einen Teilbereich unserer Sicherheit heute geschützt. Ich weiß auch, warum die Verwaltung auch sitzt. Klar, wir fordern Einsparungen, und ich glaube, das ist auch der richtige Weg. Das heißt aber auch nicht, dass das auf ihren Schultern lasten wird. Wenn ein Bauantrag zukünftig vier Wochen länger dauert, dann müsste der Kreistag so viel Rückhalt geben und sagen, dann dauert es halt deutlich länger. Es ist nicht so, dass wir sagen, dass Ihr genauso schnell arbeiten müsst, wenn Ihr weniger Personal habt. Fertig. Ich bin Dir, Günther, sehr dankbar, ich weiß gar nicht, ob meine Zeit schon rum ist, ich bin Dir sehr dankbar, Dein ewiges Fordern im Bereich Jugendcontrolling ist genau richtig, leider. Andreas, Ihr habt es zu lasch genommen das Thema. Ich glaube, der Günther wäre nicht so auf der Palme, wenn das Thema irgendwann Umsetzung hätte, und da muss ich Dir zustimmen, wenn wir als Flächenkommune heute die rote Laterne - so hast du es genannt - haben in diesem Bereich, dann läuft wirklich etwas falsch. Der Uli wird gleich sagen, dass wird ganz anders sein, ja. Aber ich habe da auch kritische „Hintertöne“, dass weißt du ganz genau. Der Kreis muss, glaube ich, da auch mal zwei Nummern kleiner tragen, damit er irgendwo der kommunalen Familie passt, und nichts anderes wird heute gemacht, das ist kein Drama, man kann den Weg mitgehen, man kann sagen, es ist Teufelszeug, was dort gemacht wird, aber ich glaube, es ist der richtige Weg. Damit wir im nächsten oder übernächsten Haushalt sagen können: „Es deckt sich alles“. Und ein letztes Wort noch zur Ausgleichsrücklage: 2013 sollte sie reichen bis 2016. Ja, warum ist sie immer noch drin? Weil Herr Damm konservativ gerechnet hat. Und jedes Jahr sind 1, 2, 4, 8 Millionen mehr gekommen, und die konnte man nicht an die Kommunen zurückgeben. Nein, sie sind einfach draufgesattelt worden. Paul Breuer hat damals schon gesagt, dass hört auf, mit Ende

letzte Wahlperiode 2014. Jetzt haben wir 2023! Diese Ausgleichsrücklage, dieses System ist grundsätzlich falsch. Wir wären der Meinung, die 5 Millionen, die wir immer noch in der Rückhand haben, ist genau der richtige Weg zu sagen, das, was nächstes Jahr kommt, können wir nicht genau beeinflussen, damit die Kommunen noch ein bisschen Rückhalt haben, dass sie noch ein bisschen in die Ausgleichsrücklage gehen können. Abschließend für die Kommunen: 2025, ab dann wird es wieder schlechter. Das ist ganz klar. Alles, was wir einsparen, hilft nur für einen kurzen Moment. In Zukunft müssen die Aufgaben in den Kommunen auch besser erfolgen.

Danke fürs Wort.

Fraktion Wir Bürger ▪ Andreas Klein ▪ Ostlandstraße 13 ▪ 57234 Wilnsdorf

09.02.2024

Haushaltsrede zum Haushaltsentwurf 2024

Sehr geehrter Herr Landrat Müller, sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsmitglieder,
Eigentlich ist alles wie immer, wenn man die Eckdaten zum Haushalt 2024 liest.

Steigendes Aufwandsvolumen, steigendes Ertragsvolumen, steigende Umlagegrundlagen, infolgedessen eine höhere Belastung der Kommunen durch steigende Kreisumlagen.

Am Ende steht **wie immer die herbe Kritik der Bürgermeister und zusätzliche Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger.**

Wie schrieben die Bürgermeister in ihrer Stellungnahme zum Haushalt:

„Eine weitere Belastung der kreisangehörigen Kommunen – und damit auch der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gewerbetreibenden im Kreisgebiet – durch die geplante Erhöhung der Hebesätze ist nicht zu verkraften.“

Weiter hieß es, dass der Kreis Siegen-Wittgenstein bei der Erbringung von Leistungen sogar in Konkurrenz zu einzelnen Kommunen auftritt“

Die Gemeindeprüfungsanstalt hatte festgestellt:

„der Kreis Siegen-Wittgenstein gehöre - mit Blick auf den Umlagebedarf in Relation zu vergleichbaren Kreisen - zu denjenigen mit dem höchsten Umlagebedarf je Einwohner!

Dass alle Kommunen mittlerweile am Anschlag sind, zeigt auch deren

Brandbrief an den Ministerpräsidenten des Landes NRW, in dem sehr deutlich darauf hingewiesen wird, dass die **kommunale Selbstverwaltung in NRW stark gefährdet ist.**

Dass wir heute, wenn man die ersten Eckdaten zum Haushalt aus dem letzten Jahr mitzählt, **bereits den dritten Vorschlag der Verwaltung zur Gestaltung der Hebesätze vorliegen haben ist aber wahrscheinlich bisher noch nicht da gewesen.**

Nicht zu vergessen die Vorschläge des Landrates, in denen er noch erhebliche

Verbesserungen im Haushalt ausgemacht hatte, die deutlich unter den von ihm testierten ersten Vorschlägen der Verwaltung lagen.

Die Frage, warum diese Vorschläge nicht unmittelbar direkt mit eingepreist, sondern erst pressewirksam präsentiert werden mussten, kann sicherlich nur der Landrat beantworten.

6 Fraktionen haben in intensiven Gesprächen nach Möglichkeiten gesucht

einen Kreishaushalt mit einem Volumen von fast 550 Mio € zu entlasten. Und wir haben auch Sie - **Herr Landrat – mit in die Verantwortung genommen** und einige Ihrer Vorschläge, wie die **Auflösung des U3 Fonds und die Anwendung des globalen Minderaufwands, aufgegriffen!**

Wir Bürger in Siegen-Wittgenstein

Fraktion im Kreistag Siegen-Wittgenstein

c/o Andreas Klein

Ostlandstrasse. 13, 57234 Wilnsdorf

E-Mail: geschaeftsstelle@wirbuerger-siwi.de

Telefon: 0170 9007373

Insbesondere in Sachen des globalen Minderaufwandes **sehen wir Sie in der Pflicht diesen, auch gemäß ihres eigenen Vorschlages, im Haushaltsjahr 2024 zu erwirtschaften.**

Weiter wurde nach Möglichkeiten gesucht, den Haushalt so zu gestalten, dass er **finanziell verträglich ist und die zahlenden Kommunen entlastet werden.**

Einem Haushalt zu präsentieren der aber auch die notwendigen Spielräume bietet, bei den freiwilligen Leistungen weiter unterstützen zu können.

Leider haben sich in diesem Plenum in der Vergangenheit jedoch **nur wenige Fraktionen getraut, die freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen** und insbesondere auch hier **Entscheidungen für strukturelle Einsparungen zu treffen.**

Wie sie dem vorliegenden Antrag der 6 Fraktionen entnehmen, haben die **Verhandlungspartner sich nicht gescheut das Thema freiwillige Leistungen ernsthaft zu betrachten.**

Natürlich gab es **unterschiedliche Meinungen und Auffassungen, und unsere Fraktion hätte an der ein oder anderen Stellen den Rotstift noch deutlich stärker angesetzt.**

Trotzdem ist es nach unserer Meinung fast gelungen, die Quadratur des Kreises zu erreichen und letztlich mit einem Ergebnis aus den Gesprächen herauszukommen, welches sich sehen lassen kann.

Es wurde nach unserer Auffassung ein guter und vor allem verträglicher Kompromiss zwischen wir wollen mehr und wir wollen aber weniger erreicht.

Grundsätzlich fordern wir aber den Kreistag auf, in Zukunft mit Bedacht und äußerst zurückhaltend bei der Bewilligung neuer freiwilliger Leistungen zu sein.

Im Idealfall sollte für jede neu beantragte freiwillige Leistung ein finanzieller Deckungsvorschlag direkt mit vorgelegt werden.

Zum Stellenplan.

Dieser wurde ebenfalls sehr genau betrachtet. Nach einem **Stellenzuwachs in den letzten 5 Jahren von 63 Stellen** war zumindest unserer Fraktion im Vorfeld klar, dass das so nicht weiter gehen kann.

Nach wirklich intensiven Diskussionen und Beratungen weist der gemeinsame Antrag der 6 Fraktionen zum Stellenplan nunmehr, **statt der von der Verwaltung geforderten zusätzlichen 21 Stellen, lediglich 5 neue Stellen aus, die explizit auch einzelnen Bereichen zugeordnet wurden.**

Zusätzlich stehen der Verwaltung noch weitere 5 Stellen zur Verfügung, die laut Stellenplan bisher noch nicht besetzt wurden.

Auch hier hätte sich unsere Fraktion noch weitergehende Forderungen vorstellen können. Zum Beispiel - für 2024 - eine **Wiederbesetzungs- und Neueinstellungssperre.**

Eine Überprüfung aller Stellen des Kreises hinsichtlich Tätigkeit, Zeitanteil, Aufgabenzuordnung und Aufgabenerledigung mit dem Ziel, die Mitarbeiter (innen) für neue Aufgaben weiter zu qualifizieren um diese in den Bereichen einzusetzen, die zusätzlichen Bedarf angemeldet haben.

Keine Berücksichtigung fanden allerdings unsere Vorschläge aus dem letzten Jahr, alle Kreisbeteiligungen auf den Prüfstand zu stellen.

Da der Kreis lediglich die ihm von Seiten des Gesetzgebers übertragenen Aufgaben übernehmen muss (die sogenannten pflichtigen Leistungen) gehören Unternehmensbeteiligungen sicherlich nicht dazu.

Es sollte überprüft werden, ob eine Notwendigkeit der Kreisbeteiligungen hinsichtlich einer pflichtigen Aufgabewahrnehmung des Kreises vorliegt.

Auf Grundlage dieser Überprüfung

sollte die Verwaltung eine Expertise erarbeiten von welchen Kreisbeteiligungen man sich lösen könnte und sollte.

Einige grundsätzliche Anmerkungen seien mir abschließend an dieser Stelle noch gestattet: Die Allgemeine Rücklage des Kreises ist seit 2008 von ursprünglich 300 Mio € auf jetzt aktuell 120 Mio € abgeschmolzen. Wann eine Überschuldung des Kreises eintritt, kann sich jeder selbst leicht ausrechnen.

Wir halten auch darum an dem durch Kreistagsbeschluss festgeschriebenen Sockelbetrag der Ausgleichsrücklage in Höhe von 5 Mio € vorläufig weiter fest und werden ihn dementsprechend nicht zur Haushaltsentlastung einsetzen.

Es ist und bleibt lediglich ein einmaliger Effekt und der hat mit strukturellem Sparen nichts zu tun.

Bei den Investitionen des Kreises wird in großem Stil geplant aber die PS hat man bisher nur sehr dezent auf die Straße gebracht. Als Beispiel seien hier die Kreisstraßen genannt, die einen tatsächlichen Umsetzungsgrad von gerade mal 36 % haben. Was fehlt ist auch hier ein Controlling ein Soll / Ist Vergleich: Was wurde geplant? Und was wurde tatsächlich umgesetzt? Das würde uns bei den Investitionen sicher weiterhelfen realistischer zu planen.

Das IT Desaster mit seinen erheblichen finanziellen Folgen für den Kreis und die Kommunen wird uns sicherlich noch einige Zeit begleiten.

Wir erwarten eine lückenlose Aufarbeitung und die entsprechenden Rückschlüsse auf zu treffende Maßnahmen und das Aufzeigen der Verantwortlichkeiten.

Wer zahlt was..?

Ein „Weiter so!“ ist nicht nur in diesem Punkt keine Alternative.

Die Fraktion „Wir Bürger“ wird dem Haushaltsentwurf 2024 inkl., dem dazugehörenden Stellenplan mit den vorgelegten Ergänzungen und Änderungen der 6 beteiligten Fraktionen, zustimmen.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit

Abschrift des Mitschnitts – Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede Ullrich-Eberhardt Georgi, Fraktion Die Linke

Sitzung des Kreistags am 09.02.2024

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrter Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich habe gestern Abend oder eher heute Morgen meine eigentlich vorbereitete Rede zum Haushalt genommen und zerrissen, weil sie das Papier nicht mehr wert war, auf dem sie gestanden hat. Weil wir jetzt gestern am späten Nachmittag die Vorschläge der, ich sag's mal etwas freundlich, Sechserbande auf den Tisch bekommen haben. Ich habe jetzt eben mal versucht, ein bisschen aufmerksam zuzuhören, habe mir bisher hier alle Reden angehört und dann habe ich mir gedacht, ich mach mir mal so ein Schild ... und trägst mal irgendwo ein, wie denn nun der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage wirklich aussehen soll, aufgrund der Vorschläge der von mir aus hier rechts gesehenen Seite. Da ist nichts! Da ist überall ein Fragezeichen geblieben. Die Auswirkungen auf den allgemeinen Hebesatz und auf den Hebesatz der differenzierten Kreisumlage sind mir bisher völlig unklar geblieben, nach Ihren Vorstellungen! Das Problem, dass wir jedes Jahr haben, das ist klar: Eine Einrichtung, die auf die Umlagezahlungen anderer angewiesen ist, tut sich immer schwer damit, Einnahmen und Ausgaben in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen. Das ist wenigstens natürlich immer wieder schwierig, weil wir das Geld von anderen kriegen und nicht durch eigene Einnahmen, die Ausgaben, die bei uns entstehen, abdecken können.

Sie haben Vorschläge gemacht, sowohl zum allgemeinen Haushalt, als auch zum Stellenplan, und wenn ich mir das angucke, was Sie zum Stellenplan gesagt haben, dann habe ich das dumpfe Gefühl, im Kreishaus sitzen offenbar ganz, ganz viele Menschen, die vor allem damit beschäftigt sind, Daumen zu drehen und Kaffee zu trinken. Nichts anderes kommt dabei rum, wenn Sie ... Statt sich intensiv mit dem auseinanderzusetzen, was von der Kreisverwaltung selber vorgeschlagen wird, an Stellenzuwachsen, die ja in zahlreichen Fällen durch schlichte Arbeitsüberlastung entstehen! Das ist mir schon etwas merkwürdig. Ich habe nur mal auf zwei, drei Sachen einen Blick werfen können. Also, was Sie nicht mehr wollen, ist eine Beschleunigung bei Antragsverfahren zur Einrichtung von Windkraft- oder Energieanlagen. Die dort dafür vorgesehene Stelle soll ja nicht kommen. Sie nehmen in Kauf, dass bei der Umsetzung des Radwegekonzepts, um das wir ja heftig gerungen haben, es weiterhin zu Verzögerungen kommt. Sie realisieren nicht, dass auch die notwendige Digitalisierung der Verwaltung zunächst mal einen höheren Personalbedarf zur Folge hat und erst später zur entsprechenden Entlastung führen würde. Sie verweigern sich einer Verbesserung bei der schulpsychologischen Beratung und Unterstützung, und die ist ja wohl wirklich dringend erforderlich, wenn wir uns alleine an die schrecklichen Ereignisse vor fast genau einem Jahr zurückerinnern. Und im Jugendamt, da glauben Sie ja nun wirklich, dass die Kolleginnen und Kollegen da überhaupt nichts tun. Da wollen Sie nicht mal, dass die für fast 100% refinanzierte Stelle einer Netzwerkarbeit im Bereich Kinderschutz eingerichtet wird. Also, das ist mir wirklich nicht nachvollziehbar. Und Controlling, natürlich! Selbstverständlich muss sich jeder Bereich einer Nachprüfung dessen unterziehen, welche Aufwendungen er betreibt und mit welchen Erfolgen da zu rechnen ist. Aber ein Controlling, ohne dass jemand über den notwendigen Sachverstand in dem Bereich verfügt, in dem Controlling gemacht wird, das geht nach meinen Kenntnissen in dem Bereich überhaupt nicht.

Sie haben sich da vorhin schon, Herr Schmidt-Kalteich, darüber pikiert, dass der Herr Maletz sich mehr um sich selber kümmern sollte, als um sie. Aber ich tue Ihnen dann auch noch einmal den Gefallen, mich um Ihre Sorgen zu kümmern. Und dass Sie bei den jetzt von mir genannten vier Punkten, die eigentlich doch ihre eigentlichen Interessen sein müssten, sich mit den anderen, den neoliberalen und rechtskonservativen hier im Saal zu verbünden, das wundert mich, und dafür müssten Sie sich eigentlich schämen.

Jetzt noch ein paar wenige Worte zu dem allgemeinen Haushalt. Es gibt gar keine Kreiskita. Es gibt im besten Fall eine Großpflegestätte in der Kreisverwaltung. Und die dient mit dazu, die Arbeitsbedingungen in der Kreisverwaltung so zu gestalten, dass sie attraktiv sind, für Menschen, die sich für eine Stelle dort interessieren; und deswegen sollte man da nicht anfangen das auszusetzen. Im Dezember ist in dem Antrag in Bezug auf das evangelische Gymnasium uns entgegengehalten worden, man könne nicht im Haushalt 2024 schon Gelder dafür streichen, weil man dann vertragsbrüchig würde. Jetzt mit einem Mal wollen Sie kurzer Hand 50.000 Euro im Haushalt 2024 streichen. Also, wollen Sie jetzt vertragsbrüchig werden? Das ist doch merkwürdig. Dann wollen Sie da kein Geld für den Inklusionsbericht ausgeben. Das ist eine Pflichtaufgabe, keine freiwillige Leistung. So ein Ding muss alle fünf Jahre vorgelegt werden, und die Erfahrungen, die 2019 mit der Erstellung dieses Berichts gemacht worden sind, legen nahe, den an eine aushäusige Einrichtung zu vergeben und sie nicht im Kreishaus selber machen zu wollen. Und dafür müsste man halt ein bisschen Geld in die Hand nehmen, selbst wenn es 80.000 € sind. Und dann hat mich auch noch überrascht, dass ausgerechnet im Beisein von Menschen, die sonst eigentlich auch für die heimischen Industrieunternehmen auf die Barrikaden gehen, jetzt im Bereich Wirtschaftsförderungen mal eben 250.000 € gestrichen werden sollen. Das man für den Tourismus keine müde Mark, nein keinen müden Euro mehr ausgeben will, das ist schon alles ein bisschen sehr, sehr merkwürdig.

Ja und dann hat noch jemand, ich meine das war der Guido, gemeint, die Integrationsstelle wollen Sie jetzt auch nicht mehr darunter stellen. Das ist das, was im aktiven Museum in Siegen passiert, das ist genau ein Bereich, der im Zusammenhang mit dem aktiven Museum steht. Fragen Sie da nach, dann werden Sie ihre Antworten kriegen. Dann wollen Sie die Zuwendungen an die AG der freien Wohlfahrtspflege auf „Null“ führen. Das sind 20.000 € für jeden, das würde uns nicht umbringen. Aber was mit diesem Geld doch eigentlich verbunden war, was mit einer der Ansatzpunkte war, das überhaupt zu machen, war doch Respekt und Anerkennung an die Menschen zu senden, die sich in überwiegend ehrenamtlicher Arbeit um die Interessen und Sorgen der Menschen kümmern! Den Menschen Respekt entgegen zu bringen, das sollte eigentlich Pflicht auch auf Ihrer Seite sein.

Ich sag´s nochmal, im Augenblick habe ich fast Schwierigkeiten zu wissen, worüber ich nachher eigentlich abstimmen soll. Ich habe zwar von Ihnen, Herr Maletz, einen Prozentsatz zur allgemeinen Kreisumlage gehört, der Landrat hat einen genannt, von hier ist bisher noch gar nichts gekommen. Wir werden es uns, ich sag mal, ein bisschen „einfach“ machen: Wir stimmen einfach immer mit Nein.

Kreistagsmitglieder der Wahlperiode 2020-2025

Abstimmung in der Kreistagssitzung am 09.02.24 zu TOP: 3.3.1

fehlt	Name		Fraktion	JA	NEIN	ENT- HALTUNG
	Landrat Andreas	Müller	Vorsitzender		/	
	Ursula	Belz	CDU	/		
	Hans Günter	Bertelmann	UWG	/		
	Markus	Böhmer	SWM	/		
	Tanja	Bohn	CDU	/		
	Dieter	Born	SWM			
	Wolfgang	Braukmann-Siebe	SPD		/	
	Rolf-Peter	Bulkow	CDU	/		
	Jutta	Capito	CDU	/		
	Thomas	Christian	SPD		/	
	Tim Lukas	Debus	SPD		/	
	Hermann-Josef	Droege	CDU	/		
	Björn	Eckert	B'90/GRÜNE			
	Uwe	Elter	CDU			
	Bernd-Dieter	Ferger	CDU	/		
	Katrin	Fey	DIE LINKE		/	
	Anke	Flender	SPD		/	
	Georg	Freitag	CDU			
	Ullrich-Eberhardt	Georgi	DIE LINKE		/	
	Corie	Hahn	CDU	/		
	Peter	Hanke	FDP			
	Thomas	Helmkampff	CDU	/		
	Martin	Achatz	CDU	/		
	Janson	Ingo	SWM	/		
	André	Jung	CDU	/		
	Helmut	Kaufmann	SPD		/	
	Andreas	Klein	Wir Bürger	/		
	Sonja Melanie	Koch	CDU	/		
	Manuela	Köninger	B'90/GRÜNE	/		
	Horst-Günter	Linde	UWG	/		
	Julian	Maletz	SPD		/	
	Meike	Menn	B'90/GRÜNE	/		
	Adhemar Bernado	Molzberger	SPD		/	

fehlt	Name		Fraktion	JA	NEIN	ENT- HALTUNG
	Guido	Müller	FDP	/		
	Bernd	Nüchel	CDU	/		
	Sandra	Peiser	SPD		/	
	Waltraud	Schäfer	SPD		/	
	Lena	Schmidt	B'90/GRÜNE	/		
	Marco	Schmidt	SPD		/	
	Ulrich	Schmidt-Kalteich	B'90/GRÜNE	/		
	Bernd	Schneider	B'90/GRÜNE	/		
	Dietmar	Schneider	B'90/GRÜNE	/		
	Nicole	Schoeppner	SPD		/	
	Annette	Scholl	SPD		/	
	Sven Hendrik	Schütz	B'90/GRÜNE	/		
	Martin Matthias	Schwarzer	Wir Bürger	/		
	Michael	Sittler	SPD		/	
	Heinrich Roland	Steffe	AfD			/
	Ursula-Regine	Stephan	AfD			/
	Gabriele	Stinner	CDU	/		
	Heinz Jürgen	Völkel	UWG	/		
	Karl-Ludwig	Völkel	SPD		/	
	Jan	Weigel	SPD		/	
	Christian	Zaum	AfD			/
	Heike	zu Nieden	SPD		/	

Anzahl:

5

50

28 19 3

Fehlende

Anwesende

Ja

Nein

Enth.